

**Ordentlicher UB Parteitag KölnSPD**

**9. März 2013**

**Köln-Holweide**

**Anträge**





**Mitglieder der Antragskommission  
zum ordentlichen UB –Parteitag 9. März 2014**

**Christian Joisten (Vorsitz)**

**Friedhelm Hilgers**

**Carolin Kirsch**

**Oliver Krems**

**Marco Malavasi**

**Dagmar Paffen**

**Anne Deike Riewe**

**Lisa Steinmann**

**Rafael Struwe**

**Jörg van Geffen**



## ordentlicher UB –Parteitag KölnSPD 9. März 2014

### Übersicht der Anträge

- I** **Infrastruktur/ Verkehr**  
I – 1-1 LeitantragVerkehr - *UBV*
- W** **Wohnen**  
W-1-2 LeitantragWohnenMetropole Köln - *UBV*  
W-2-3 Steigende Mieten - *OV Ehrenfeld*  
W-3-4 Studentischer Wohnraum - *OV Ehrenfeld*  
W-4-5 Student Wohnraum - *Jusos*
- E** **Europa**  
E-1-6 Keine Schwächung KommKonzession - *UBV*  
E-2 -0 Soziales Demokratisches Europa - *UBV*
- B** **Bildung**  
B-1-7 Schule-Bildung in NRW - *UBV*  
B-2-8 Ausbildung-Nachwuchsförderung - *OV Ehrenfeld*  
B-3-9 Abriss IWZDeutz - *StB Kalk, OVMerheim*  
B-4-10 Arbeitsverhältnisse öffentl. Dienst - *Jusos*  
B-5-11 Ausbildungsplatz im UB - *Jusos*  
B-6-12 Exzellenzinitiative - *Jusos*  
B-7-13 Mehr pädagogischer u. didak. Unterricht - *Jusos*  
B-8-14 Schulbibliotheken fördern - *Jusos*  
B-9-26 Initiative zur Jugendsozialarbeit – *OV Sülz-Klettenberg*
- K** **Kommunales**  
K-1-15 Bürgerhäuser fördern - *OV Südstadt*  
K-2-16 Resolution zum Haushalt - *OV Ehrenfeld*  
K-3 -17 Gebührenfreie Stadtbibliotheken - *Jusos*  
K-4 -18 Geschlechtergerechtigkeit Stadtverwaltg. - *Jusos*  
K-5-19 Kein Grillverbot auf Grünflächen - *Jusos*
- So** **Sonstiges**  
So-1-20 Keine Schuldenbremse in NRW - *OV Ehrenfeld*  
So-2-21 Berlin-BonnVertrag - *OV Ehrenfeld*  
So-3-22 Starke Rentenversicherung für alle - *Jusos*  
So-4-23 Antidiskriminierungsbestimmungen - *OV Sülz/Klettenberg*  
So-5-24 Antidiskriminierungskampagne - *OV Sülz/Klettenberg*  
So-6-25 KostenKirchenAustrittsverfahren - *OV Sülz/Klettenberg*



1 **I-1 -1 SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

2

3 Antragsteller: SPD UB Vorstand

4

5 **Leitantrag „Verkehr“**  
6 **zum Ordentlichen SPD-Unterbezirksparteitag**  
7 **in Köln am 9. März 2013**

8

9 ***Präambel***

10

11 Verkehrspolitik ist Zukunftspolitik – das gilt auch und gerade in Zeiten der Wirtschafts- und  
12 Finanzkrise. Denn Mobilität ist in unserer modernen Gesellschaft Voraussetzung für das  
13 Wirtschaften und die Teilhabe am ökonomischen und sozialen Leben.

14 Zentrales Anliegen der KölnSPD ist es, eine breite Diskussion um eine innovative Ver-  
15 kehrspolitik anzustoßen, die einen hohen Mobilitätsgrad mit geringen Belastungen für  
16 Umwelt und Mensch gewährleistet. Dies setzt voraus, dass wir die einzelnen Verkehrsträ-  
17 ger vernünftig kombinieren. Dazu gehören für uns der Ausbau des Lärmschutzes an  
18 Schienenwegen oder die Förderung des Kombinierten Verkehrs. Auch das Potenzial des  
19 öffentlichen Personennahverkehrs ist noch lange nicht ausgeschöpft. Wir fordern von der  
20 Bundesregierung, eine Zukunftsstrategie zur Finanzierung der Infrastruktur vorzulegen.  
21 Denn wir brauchen auch künftig Investitionen auf hohem Niveau.

22 **1. Aktuelle Rahmenbedingungen**

23 Es ist kein Geheimnis: die Welt, in der wir leben, wird zunehmend komplexer. Auch in Fra-  
24 gen der Mobilität. Ein neues Gesamtverkehrskonzept bzw. ein Masterplan „Nachhaltige  
25 Mobilität“ wird zahlreiche bestehende bzw. derzeit in der Er- und Überarbeitung befindliche  
26 Konzepte beachten und integrieren müssen.

27 Jeder Verkehrsträger ist ständig bemüht, sein System zu optimieren. Als Beispiele können  
28 genannt werden:

29 - das LKW-Führungskonzept, welches derzeit von der Stadt erarbeitet wird. Es beinhaltet  
30 faktisch die Überprüfung des städtischen Hauptverkehrsstraßennetzes. Eine Beschlussla-  
31 ge noch in 2013 erscheint realistisch.

32 - der Nahverkehrsplan der Stadt für den ÖPNV. Die Fortschreibung für den Bus- und  
33 Stadtbahnverkehr in Köln wird derzeit beim Amt für Stadtentwicklung und Statistik vorbe-  
34 reitet

35 - der Nahverkehrsplan für den SPNV (S- und Regionalbahnen in der Region) durch den  
36 Nahverkehr Rheinland

37 - der Bundesverkehrswegeplan für die Autobahnen und Bundesstraßen durch den Bund  
38 auf Basis von Vorschlägen der Länder, respektive der Kreise und Kommunen

39 Hinzu kommen Umwelt- und Klimaschutzaspekte, die aus EU-Gesetzen resultieren:

40 - der Luftreinhalteplan Köln, durch Bezirksregierung sowie das Umwelt- und Ver-  
41 braucherschutzamt erstellt und bereits in Kraft getreten

42 - - der Lärmaktionsplan wird durch das Umwelt- und Verbraucherschutzamt erstellt  
43 und soll 2013 beschlossen werden

44 - - das Klimaschutzkonzeptkonzept Mobilität wird durch das Umwelt- und Verbrau-  
45 cherschutzamt erstellt

46

## 47 **2. Gesamtverkehrskonzept Köln**

48 Nachdem eine Fortschreibung des 1956 aufgestellten Generalverkehrsplan scheiterte, ist  
49 das Gesamtverkehrskonzept (GVK) von 1992 erst die zweite umfassende Rahmenent-  
50 scheidung zum Verkehr in Köln nach 1945.

51 Das Leitmotiv lautete „Stadtverträglicher Verkehr, nicht verkehrsgerechte Stadt.“

52 Die KölnSPD ist der Auffassung, dass daran festgehalten werden kann, wie allgemein  
53 festgestellt werden muss, dass die Hauptziele des GVK – obwohl mittlerweile schon 20  
54 Jahre alt – kaum etwas an Aktualität eingebüßt haben. Ein Umstand, der für die Qualität  
55 des GVK von 1992 spricht. Dennoch: es ist zwei Jahrzehnte alt und wird deshalb voraus-  
56 sichtlich nicht mehr in weiteren zehn, zwanzig oder dreißig Jahren die dann geltenden  
57 Rahmenbedingungen erfüllen.

58 Ein neues Gesamtverkehrskonzept wird noch stärker und nachhaltig die zentrale geografi-  
59 sche Lage Kölns im Nordwesten Europas abbilden müssen. Basis werden wiederum lang-  
60 fristige Entwicklungstrends sein. Wesenselement des neuen GVK wird die Fortschreibung



61 des „Modal-Split“ sein, das heißt die beabsichtigte, zukünftige Verteilung auf die Verkehrs-  
62 arten zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit dem Kfz bzw. mit dem ÖPNV.

63

64

### 65 **3. Prozessskizze für ein neues Gesamtverkehrskonzept**

66 Ganz gleich, ob man ein neues „Gesamtverkehrskonzept“, ein „Stadtentwicklungskonzept  
67 Mobilität und Verkehr“ oder einen „Masterplan nachhaltige Mobilität“ initiieren möchte, fol-  
68 gende Grundsätze sind allgemeingültig zu beachten:

69 3.1. Prävention

70 3.2. Nachhaltigkeit/Zukunftsfähigkeit

71 3.3. Soziale Gerechtigkeit

72 3.4. Finanzierbarkeit

73 3.5. Demokratie

74 3.6. Teilhabe

75 Erarbeitung und Umsetzung benötigen erfahrungsgemäß einen langen Zeitraum, der bis  
76 zu fünf Jahre dauern kann. Der Prozess muss zwingend kontinuierlich und interdisziplinär  
77 erfolgen. Größtmögliche Transparenz schafft höchstmögliche Akzeptanz.

78

### 79 **4. Inhalte**

80 Neben den bereits unter Ziff. 3 genannten allgemeingültigen Grundsätzen sind alle geeig-  
81 neten Maßnahmen unter dem Blickwinkel der Barrierefreiheit, der sicheren Mobilität und  
82 der Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer zu betrachten. Generelle Zielsetzung ist  
83 eine Steigerung des Fußverkehrs- und des Radverkehrsanteils. Ebenso wird eine Stär-  
84 kung des ÖPNV durch den Ausbau der Infrastruktur sowie durch die Steigerung der Leis-  
85 tungsfähigkeit angestrebt – bei gleichzeitig verbesserter Umsteigequalität vom motorisier-  
86 ten Individualverkehr.

87 Der „Umweltverbund“ aus Zufußgehen, Radfahren und ÖPNV soll auf allen Ebenen ge-  
88 stärkt und besser vernetzt werden.

89

#### 90 **4.1. Fußgängerverkehr**

91 Bei der Planung von Gebäuden, Straßen und Einrichtungen des öffentlichen Personen-  
92 nahverkehrs legt die KölnSPD - auch angesichts des wachsenden Anteils älterer Bürge-  
93 rinnen und Bürger - besonderen Wert auf Barrierefreiheit, das heißt auf die Zugänglichkeit  
94 für behinderte, ältere und mobilitätseingeschränkte Personen.

95 Wir wollen die Parks, Kinderspielplätze und Fußwege barrierefrei zugänglich machen, um  
96 mit Rollstühlen, Kinderwagen und Fahrrädern ohne Probleme passieren zu können.

97 Fußgänger sind bei der Planung von Straßen oder Kreuzungspunkten wesentlich stärker  
98 als bisher zu berücksichtigen. Eine "Ampel-Odyssee" beim Überqueren einer Straße oder  
99 Kreuzung ist für Fußgänger nicht zumutbar.

100

#### 101 **4.2. Radverkehr**

102 Wir wollen den Radverkehr in Köln fördern und ausbauen. Dazu sollen das Velorouten-  
103 programm fortentwickelt, die Lücken im Radwegenetz geschlossen und das Fahrradab-  
104 stellanlagenprogramm verstärkt werden.

105 Wir brauchen ein ausgebautes, attraktives, städtisches und überregionales Radwegenetz,  
106 das den kommenden Entwicklungen Stand hält. Es ist damit zu rechnen, dass der Anteil  
107 von Fahrradnutzer steigen wird. Dies wird insbesondere für E-Bikes gelten.

108

#### 109 **4.3. Straßenverkehr**

110 Der individuelle Verkehr mit dem privaten Fahrzeug ist ein nicht mehr wegzudenkender  
111 Bestandteil des städtischen Verkehrs. Die Motorisierung, die in den letzten Jahrzehnten  
112 stark zugenommen hat, führt allerdings zu erheblichen Problemen in den stark verdichte-  
113 ten Bereichen der Stadt durch Lärm und Abgase, durch Platzbedarf insbesondere für den  
114 ruhenden Verkehr, sowie durch Gefährdungen für schwächere Verkehrsteilnehmer.

115 Die KölnSPD setzt sich ausdrücklich für die Vernetzung mit dem ÖPNV ein.

116 Die KölnSPD tritt für ein transparentes Verkehrslenkungssystem ein und strebt abseits  
117 eines leistungsfähigen Hauptverkehrsstraßennetzes generell die Einrichtung von Tempo-  
118 30-Zonen an. Wo dies von den Bewohnern der Viertel gewünscht und verkehrspolitisch

119 realisierbar ist, werden wir dieses Instrument einsetzen, um die Lärm- und Abgasbelas-  
120 tung zu reduzieren und so die Beruhigung von Wohnvierteln zu erreichen.

121 Angebote, die den Verzicht auf den eigenen PKW erleichtern, sollen ausgebaut werden,  
122 vor allem das Carsharing-Konzept soll stärker gefördert werden.

123

#### 124 **4.4. ÖPNV**

125 Tragende Säule eines integrierten Verkehrskonzepts ist der öffentliche Personennahver-  
126 kehr (ÖPNV). Ein umfassender und bedarfsgerechter ÖPNV gehört zu den Aufgaben der  
127 Daseinsvorsorge und ist eine Aufgabe der Stadt Köln. Die KölnSPD bekennt sich zu dieser  
128 Verpflichtung und setzt sich deshalb für eine effiziente und umfassende Gewährleistung  
129 des ÖPNV als kommunale Aufgabe ein. Ziel der KölnSPD ist es, den Anteil des ÖPNV am  
130 Gesamtverkehrsaufkommen deutlich zu steigern.

131 Die KölnSPD möchte eine optimale Vernetzung des ÖPNV mit den übrigen Verkehrsträ-  
132 gern erreichen.

133

#### 134 **4.5. Überregionaler Verkehr**

135 Das Verkehrsmanagement soll in die Region ausgeweitet werden. Hierbei ist der Schwer-  
136 punkt auf hochaktuelle Verkehrsinformationen zu legen, die nutzerspezifisch aufbereitet  
137 und über viele Informationskanäle verbreitet werden. Die mehr als 500.000 Pendler sollen  
138 schneller aktuelle Informationen für ihre individuelle Reiseplanung erhalten. Dies erspart  
139 Investitionen in den Wegebau.

140 Die KölnSPD hält einen regionalen Gesamtverkehrs-, Nahverkehrs- und Fläche-  
141 nnutzungsplan für erforderlich, der die Ziele und Maßnahmen der integrierten Stadt- und  
142 Verkehrsplanung gemeinsam mit den Nachbarstädten auf regionaler Ebene formuliert.

143

#### 144 **4.6. Schienengebundener Verkehr**

145 Köln ist innerhalb von Nordrhein-Westfalen ein zentraler Verkehrsknoten für die europäi-  
146 schen Ost– West sowie die Nord–Süd-Verbindungen. Eine zentrale europäische Schie-  
147 nenverbindung von der Nordseeküste zum Mittelmeer nach Genua verläuft über Aachen,

148 Köln entlang des Rheintals nach Genua. Diese Verbindung soll nach vorstellen der EU  
149 Vorrang vor allen anderen Schienenverkehrsnutzer (Fernverkehr, Regionalverkehr, Güter-  
150 verkehr) haben.

151 Die Schieneninfrastruktur in unserer Region ist schon längst an der Belastungsgrenze an-  
152 kommen und bedarf dringend eines Ausbaus. Für den Personenverkehr hat der Bahnkno-  
153 ten Köln als Drehscheibe mit dem zweitgrößten Nutzeraufkommen in Deutschland eine  
154 zentrale Bedeutung. Hier kreuzen die wichtigsten Verbindungen in alle Himmelsrichtun-  
155 gen. Der Ausbau des Kölner Knoten ist die wichtigste Voraussetzung um den Schienen-  
156 verkehr in unserer Region und darüber hinaus zu garantieren. Mit dem Ausbau muss eine  
157 Entmischung der Fern-, des Regional-, des S-Bahn- und des Güterverkehrs stattfinden.

158 Untersuchungen und Gutachten zum Kölner Bahnknoten gibt es genug. Es muss endlich  
159 gehandelt werden. Die DB, der Nahverkehr Rheinland, der Regionalrat und die Wirtschaft  
160 ziehen hier an einem Strang. Die KölnSPD fordert für den Güterverkehr:

- 161 • Den Ausbau des Kölner Eisenbahnknotens
- 162 • den dreigleisigen Ausbau der Schienenverbindung Köln bis Aachen (belgische Grenze).
- 163 Die Reaktivierung des Eisernen Rheins mit der sogenannten Rheydter Kurve und einem  
164 Abzweig nach Köln.
- 165 • einen ICE-Halt in Köln und Aachen für die Strecke von und nach London.
- 166 • den Ausbau des Hochgeschwindigkeitsgleises von Köln nach Aachen
- 167 • die Realisierung der RXX-Pläne mit einem System-Halt für Köln-Mülheim für ein schnel-  
168 les modernes Nahverkehrsnetz in NRW

169

## 170 **5. Schifffahrt/Häfen**

171 Der Weiterentwicklung der Logistikinfrastruktur – insbesondere auch für den Verkehrsträ-  
172 ger Binnenschiff – misst die KölnSPD große Bedeutung zu. Der Rhein ist eine sehr wichti-  
173 ge Verbindung zwischen den Häfen Köln und Bonn zu den Nordseehäfen (ZARA) und den  
174 dem Rhein-Main-Gebiet. Er ist mit dem Kanalnetz weit in das deutsche und europäische  
175 Wasserwegenetz und sowie eine Verbindungsachse zu vielen Häfen. Der Hafenverbund  
176 Köln-Düsseldorf/Neuss und Krefeld ist ein wichtiger Baustein um die knappen Hafenf lä-  
177 chen optimal zu nutzen.

178

179 Mit der Fertigstellung des Ausbaus des Hafens Godorf im Rahmen des Kölner bipolaren  
180 Hafenkonzpts sollen mehr Containerverkehre vom LKW auf die umweltverträglicheren  
181 Verkehrsträger Bahn und Binnenschiff verlagert, innerstädtische LKW Verkehre vermindert  
182 und der Wirtschaft im Kölner Süden und Südwesten einen kostengünstigen kombinierten  
183 Ladungsverkehr ermöglicht werden.

184

## 185 **6. Luftverkehr/Flughafen**

186 Die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Köln/Bonn für die Region ist unbestritten.  
187 Gleichzeitig sind aber die Belastungen für die Menschen durch den Flugbetrieb ernst zu  
188 nehmen; dies gilt insbesondere für den Nachtflug. Moderne Flughafenpolitik muss einen  
189 tragfähigen Interessenausgleich zwischen der Entwicklung des Flughafens einerseits und  
190 den Gesundheits- und Umweltbedürfnissen der Bevölkerung andererseits sicherstellen.

191 Um die Leistungsfähigkeit des Flughafens Köln/Bonn zu stärken, ist eine bessere Schie-  
192 nenanbindung des Flughafens mit dem Personen- und Frachtverkehr notwendig. Hierzu  
193 gehören die Verlängerung der S 13 bis Bonn-Oberkassel zur Verbesserung der Anbindung  
194 des UN-Standortes Bonn sowie gute Anbindungen an den Regionalverkehr nach Aachen  
195 und Siegen.

196

## 197 **7. Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)**

198 Wir brauchen dringend eine Anschlussregelung zum auslaufenden Gemeindeverkehrsfi-  
199 nanzierungsgesetz (GVFG). Auch Köln benötigt dringend Klarheit, wie es mit der Finanze-  
200 rung wichtiger kommunaler Verkehrsprojekte weitergeht. Der Bedarf an kommunalen Ver-  
201 kehrsinvestitionen wird in den kommenden Jahren nicht enden, sondern mit zunehmender  
202 Mobilität der Bürgerinnen und Bürger eher steigen. Kommunale Verkehrsinfrastruktur  
203 braucht eine verlässliche Finanzierungsperspektive.

204 Neben der Frage einer Anschlussregelung fürs GVFG geht es auch um die Dotierung und  
205 Zweckbindung der Mittel für die Verkehrsfinanzierung. Eine ÖPNV-Finanzierungsstudie  
206 aus dem Jahr 2009, die der Deutsche Städtetag und der Verband Deutscher Verkehrsun-  
207 ternehmen gemeinsam mit 13 Bundesländern durchgeführt hatten ergab einen Gesamt-  
208 bedarf für den kommunalen Straßenbau von 1,96 Milliarden Euro pro Jahr. Leider sehen  
209 vor allem die Finanz- und Haushaltspolitiker der Regierungskoalition im Bund das anders.

210 Sie wollen die heutigen Mittel schrittweise kürzen. Das allerdings wäre eine fatale Fehlent-  
211 scheidung für die Zukunft der kommunalen Verkehrsinfrastruktur. Die KölnSPD unterstützt  
212 daher die klare Verhandlungsposition der NRW-Landesregierung gegenüber dem Bund in  
213 dieser Frage.

214

## 215 **8. Arbeitsauftrag**

216 Der UB-Vorstand der KölnSPD wird beauftragt, einen Prozess zu initiieren, der als Ergeb-  
217 nis ein neues Rahmengrundlagenkonzept für verbesserte Mobilität in Köln für die nächsten  
218 Jahrzehnte liefert. Dabei soll ein hohes Maß an Lebensqualität erreicht werden, wobei  
219 gleichzeitig die Beeinträchtigungen durch den Verkehr, insbesondere die Lärm- und  
220 Schadstoffbelastung, so weit wie möglich vermieden werden.

221

### 222 Erläuterungen:

223 Das gegenwärtig maßgebliche Gesamtverkehrskonzept für Köln wurde 1992 auf der  
224 Grundlage von Erkenntnissen, Gutachten und Prognosen der 80er-Jahre beschlossen.  
225 Seitdem haben die umweltrechtlichen Anforderungen und Bedürfnisse jedoch ein stärkeres  
226 Gewicht erhalten. Auf Veranlassung der SPD-Ratsfraktion hat deshalb der Verkehrs-  
227 ausschuss des Rates die Verwaltung im Dezember 2008 beauftragt, das Gesamtver-  
228 kehrskonzept Köln (GVK) fortzuschreiben und dem Verkehrsausschuss geeignete Maß-  
229 nahmen vorzuschlagen, die insbesondere unter den Gesichtspunkten der Barrierefreiheit,  
230 der sicheren Mobilität und der Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer (Fußgänger,  
231 Radfahrer, ÖPNV, Motorisierter Individualverkehr) zu betrachten sind.

232

233 Kölnerinnen und Kölner, Unternehmen, Beschäftigte, Kunden und Besucher brauchen ein  
234 neues Rahmengrundlagenkonzept und ein Verkehrssystem, in dem sich die Verkehrsträ-  
235 ger mit ihren jeweiligen Vorteilen optimal ergänzen und für das die öffentliche Infrastruktur  
236 bedarfsgerecht ausgebaut wird. Dieses Gesamtkonzept muss zudem stadtentwicklungs-,  
237 wirtschafts- und umweltpolitische Ziele miteinander verknüpfen und die zielgerichtete  
238 Steuerung des Verkehrs ermöglichen.

239



257 **W-1-2 SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

258

259 Antragsteller: AK Stadtentwicklung über UBV, SB Kalk, OV Merheim

260

261 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

262

263 **Leben in einer wachsenden Metropole - Sozialdemokratische Wohnungsbaupolitik**  
264 **für Köln**

265

266 Köln als Millionenstadt ist - gemessen an der Bevölkerungszahl - die viertgrößte Stadt  
267 Deutschlands. Betrachtet man die Fläche, so stellt sich Köln bereits mit deutlichem Ab-  
268 stand als drittgrößte Stadt der Republik dar. Damit gehört Köln zu den europäischen Met-  
269 ropolen. Langfristig wichtiger als die aktuellen Daten ist folgender Umstand: Köln gehört zu  
270 den wenigen Regionen Deutschlands, die auch in Zukunft trotz des demographischen  
271 Wandels ein deutliches Wachstum verzeichnen werden. In der Folge ist der Druck auf  
272 dem Kölner Wohnungsmarkt in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Bundesweit in deut-  
273 schen Metropolen zu beobachtende Phänomene wie die Gentrifizierung ganzer Stadtteile  
274 und eine langjährige Zurückhaltung von Investoren beim Wohnungsbau mit Blick auf (ver-  
275 gangene) Renditeerwartungen am Kapitalmarkt kommen hinzu. Die aktuelle Situation und  
276 der zu erwartende langfristige Trend auf dem Wohnungsmarkt stellen eine Herausforderung  
277 dar. **Die KölnSPD will die wachsende Stadt und nimmt die Herausforderung – auch**  
278 **und gerade im Bereich der Wohnungsbaupolitik – an!**

279

280 **I. Ziele**

281 Das erste Ziel der Wohnungsbaupolitik für eine zukunftsfähige Stadt bleibt die Sicherung  
282 und Entwicklung von quantitativ und qualitativ gutem, das heißt auch bezahlbaren Wohn-  
283 raum unter sozialverträglichen Bedingungen. Dazu gehören die notwendigen Infrastrukturu-  
284 ren und ein lebenswertes Umfeld. Die vielfältigen Wohnbedürfnisse der Bevölkerung müs-  
285 sen sich in der Vielfalt der möglichen Wohnformen widerspiegeln. Dies gilt beispielsweise  
286 mit Blick auf die Bedeutung des Hochschulstandorts Köln und den einhergehenden Bedarf  
287 an Wohnraum für Studenten aber auch hinsichtlich der steigenden Nachfrage nach Sin-  
288 glewohnungen für Alleinlebende. Die verschiedenen Dimensionen von Städtebau, Archi-  
289 tektur, Verkehr, Grün, Bildung und Sozialem müssen ineinander greifen. Köln ist eine bun-  
290 te Stadt mit einer vielfältigen Bevölkerung. Entsprechend muss Wohnraum für die Bevöl-  
291 kerung in ihrer ganzen Vielfalt geschaffen werden. Dabei sollen die einzelnen Veedel ihren  
292 Charakter behalten – dieser darf sich aber nicht an der Einseitigkeit des sozialen Milieus  
293 der dort lebenden Bevölkerung festmachen. Veedel sind dann bunt, interessant, sicher –



294 mit einem Wort: lebenswert – wenn die dort lebende Bevölkerung aus allen sozialen  
295 Schichten kommt.

296

297

## 298 **II. Maßnahmen und Initiativen**

299 Auf die skizzierte Situation wird die KölnSPD mit einer modernen Wohnungsbaupolitik mit  
300 sozialdemokratischer Handschrift reagieren. Dabei gilt: „Jede Zeit will eigene Antworten.“  
301 Im Bewusstsein dieses Zitats von Willy Brandt wollen wir neue Initiativen ergreifen und  
302 durch die sozialdemokratische Ratsfraktion bereits angeschobene Maßnahmen unterstüt-  
303 zen:

304

### 305 **1. Kooperatives Baulandmodell**

306 Das Instrument der „Sozialgerechten Bodennutzung“, das in einigen großen deutschen  
307 Städten seit Jahren praktiziert wird, ist aufzugreifen. Für Köln steht hierfür der Begriff „Ko-  
308 operative Baulandmodell“ im Raum. Wohnungen müssen unter den Bedingungen der so-  
309 zialen Marktwirtschaft geschaffen werden. Dazu gehört, dass Investoren Gewinne machen  
310 dürfen und auch sollen! Es ist aber gerecht, wenn ein Teil der Kosten der Bauleitplanung,  
311 durch die Grundstücke in privater Hand eine (z.T. enorme) Wertsteigerung erfahren, auch  
312 von den Investoren getragen werden. Zugleich müssen einheitliche und für alle Investoren  
313 geltende verbindliche Vorgaben zum Anteil des auf privatem Grund zu realisierenden so-  
314 zialen Wohnungsbaus geschaffen werden. Hier sollte ein Anteil von 30% als Orientie-  
315 rungswert dienen. Das Modell schafft eine Transparenz, von der auch Investoren profitie-  
316 ren. Die KölnSPD begrüßt die Initiative des rot-grünen Bündnisses in der Ratssitzung vom  
317 18.12.2012 ausdrücklich, mit der die Verwaltung beauftragt wurde, eine entsprechende  
318 Richtlinie für ein kooperatives Baulandmodell zu erarbeiten!

319

### 320 **2. Stadtentwicklungskonzept Wohnen**

321 Die Erarbeitung des „Stadtentwicklungskonzepts Wohnen“ durch die Stadt Köln wird aus-  
322 drücklich begrüßt. Das Thema verdient diese gründliche und umfassende Bearbeitung!

323

### 324 **3. Wohnungsbaupolitik ist Flächenpolitik**

325 Keine neuen Wohnungen ohne Flächen: Es fehlt an baureifen Grundstücken für den Woh-  
326 nungsbau in Köln!

327

328

329 **a)**

330 Die im Flächennutzungsplan für Wohnnutzungen bereits dargestellten Flächen sind auf  
331 Möglichkeiten zügiger Baureifmachung zu sichten. Dabei sind die bisher postulierten Vo-  
332 raussetzungen für die „Baureife“ der jeweiligen Flächen zu prüfen. Im Übrigen ist darauf zu  
333 achten, dass die verschiedenen Raumordnungs- und Bauleitpläne rechtzeitig mit Blick auf  
334 das Ziel der Wohnraumschaffung synchronisiert werden. Insbesondere ist wachsenden  
335 Städten wie Köln durch Anpassung der Regionalpläne eine bedarfsgerechte Ausweisung  
336 von Flächen für den Wohnungsbau in der Bauleitplanung zu ermöglichen.

337

338 **b)**

339 Grundsätzlich gilt: Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Dieses Prinzip ist aus ist aus  
340 gutem Grund auch gesetzlich niedergelegt. Zur Stärkung der Innenentwicklung sollten  
341 auch die vielfältigen Instrumente des Baugesetzbuchs immer wieder auf ihren sinnvollen  
342 strategischen Einsatz hin geprüft und bei Bedarf zum Einsatz gebracht werden. Aber auch  
343 die Innenentwicklung findet ihre Grenzen. Zum einen reichen die Flächen voraussichtlich  
344 nicht für den zukünftigen Bedarf. Zum anderen muss - auch und gerade eine durch Urba-  
345 nität geprägte Großstadt - noch ein lebenswertes Wohnumfeld bieten. Daher werden wir  
346 an Außenentwicklungen nicht vorbeikommen. Diese sollten allerdings an bestehende Orte  
347 angebunden sein und gute Voraussetzungen für die Schaffung von Verkehrs- und andere  
348 Infrastrukturen bieten, denn die Realisierung dieser Infrastruktur zum Zwecke der Bau-  
349 reifmachung von Flächen verursacht einen erheblichen Anteil der Kosten bei der Gebiets-  
350 entwicklung. Die anfallenden Kosten sind durch das oben beschriebene und von der Rats-  
351 fraktion initiierte „Kooperative Baulandmodell“, so weit möglich, zu kompensieren.

352

353 **c)**

354 Zur Flächenbereitstellung müssen auch alle Möglichkeiten der Revitalisierung von Bra-  
355 chen oder mindergenutzten Flächen ausgeschöpft werden. Besonders ist die Stadt selbst  
356 gefordert, Baugrundstücke bereitzustellen. Der Umbau von Büroraum in Wohnraum ist zu  
357 fördern.

358

359 **d)**

360 Die Verfahrensdauer für Bauleitplanungen – nicht selten drei bis vier Jahre – muss deut-  
361 lich verkürzt werden, wenn Baugebiete für den Wohnungsbau ausgewiesen werden sollen.  
362 Dazu gehört u. a. auch eine noch besser abgestimmte Zeitplanung zwischen Rat bzw.  
363 Ratsausschüssen und Bezirksvertretungssitzungen. Wo es rechtlich möglich ist, sollen  
364 verkürzte Verfahren Anwendung finden. Die Anwendung des vereinfachten und des be-

365 schleunigsten Verfahrens nach dem BauGB muss dann aber auch zu einer effektiven Zeit-  
366 ersparnis im Aufstellungsverfahren führen!

367

368 **e)**

369 Es ist dafür Sorge zu tragen, dass Investoren, die benötigten Wohnraum schaffen, bei der  
370 Stadtverwaltung auf Kooperationsbereitschaft treffen. Insofern sollte als Pendant zum Un-  
371 ternehmensservice der Stadt Köln auch ein „Wohnbauservice“ geschaffen werden. Ange-  
372 sichts der angespannten Haushaltslage ist dieser Service im Wege interner Umstrukturie-  
373 rung einzurichten und zu besetzen. Ein Lotse begleitet dann Investoren, die bezahlbaren  
374 Wohnraum für Köln schaffen wollen, durch die verschiedenen Genehmigungsverfahren.

375

376 **4. Stadtnahe Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften und geförderter Woh-**  
377 **nungsbau durch freie Investoren – Drei Wege, ein Ziel: Bezahlbarer Wohnraum für**  
378 **die wachsende Stadt!**

379 Um ausreichenden Wohnraum für alle Kölnerinnen und Kölner bereitstellen zu können,  
380 müssen jährlich mindestens 4.000 neue Wohnungen, darunter mindestens 1.000 im ge-  
381 förderten Wohnungsbau, realisiert werden. Das Ziel der 1.000 Wohnungen im geförderten  
382 Wohnungsbau besteht, die Umsetzung gelingt zu häufig nicht (2012 nur 210 Wohnungen).  
383 Der geförderte Wohnungsbau muss forciert werden. Eine gute, stadtweite Mischung des  
384 sozialen Wohnungsbaus mit Beständen des freien Wohnungsmarkts ist anzustreben.  
385 Auch hier wird das kooperative Baulandmodell ein wichtiges Instrument sein.

386

387 **a)**

388 Beim Thema Wohnungsneubau haben wir im Wesentlichen kein Analyse- und Zielprob-  
389 lem. Die Defizite befinden sich im Bereich der Umsetzung. Daher wird die zuverlässige  
390 Durchsetzung der politisch beschlossenen bzw. zu beschließenden Instrumente auf Kom-  
391 munal- wie auf Landesebene entscheidend für die Bewältigung der Herausforderungen  
392 sein.

393

394 **b)**

395 Stadtnahe Wohnungsgesellschaften sind – erst recht in den Zeiten steigenden Drucks auf  
396 dem Wohnungsmarkt - als Steuerungsinstrument unentbehrlich. Heute wird in der ganzen  
397 Tragweite sichtbar, welche langfristigen negativen Auswirkungen die Umsetzung der von  
398 der seinerzeitigen Ratsmehrheit aus CDU und FDP Anfang der 2000er Jahre aus kurz-  
399 sichtigem Interesse geplante Verkauf der GAG an Privatinvestoren gehabt hätte.

400

401 **c)**

402 Der genossenschaftliche Wohnungsbau greift Prinzipien auf, die auch der sozialdemokra-  
403 tischen Idee zugrunde liegen. Er ist zu fördern! Im Gegenzug muss von den Genossen-  
404 schaften weiterhin bezahlbarer Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten geschaffen  
405 werden.

406

407 **d)**

408 Die Anforderungen an die zu erfüllenden Standards sollten im Bereich des geförderten  
409 Wohnungsbaus nicht regelmäßig höher sein als im Bereich des freien Wohnungsbaus.  
410 Der Kommune muss ermöglicht werden, innerhalb eines vorgegebenen Korridors samt  
411 festgelegten Mindeststandard die zu erfüllenden Standards im geförderten Wohnungsbau  
412 variabel zu halten, um im Falle der Wohnungsknappheit und leerer öffentlichen Kassen  
413 weiter angemessen reagieren zu können.

414

415 **e)**

416 Es müssen Wege gefunden werden, um Investitionen in den sozialen Wohnungsbau zu  
417 befördern, obwohl Investoren aktuell mit Investitionen in den freien Wohnungsbau mehr  
418 Geld verdienen können. Die Förderbedingungen der NRW.BANK sind zu optimieren. Die  
419 KölnSPD begrüßt die vorgelegten neuen Eckwerte des Wohnraumförderungsprogramms  
420 2013. Insbesondere der Ansatz der regionalen Schwerpunktbildung und die Konzentration  
421 auf die Wachstumsregionen mit einem hohen überdurchschnittlichen Bedarfsniveau sind  
422 ein richtiger Ansatz. Es gilt aber, die Förderbedingungen weiter zu verbessern. So muss  
423 u.a. die Geschossigkeit, bis zu der die NRW.BANK den Bau von gefördertem Wohnungs-  
424 bau finanziell unterstützt, erhöht werden. Insgesamt ist die NRW.BANK aufgefordert, ihre  
425 Rolle bei der Verhinderung von Wohnungsnot in den wachsenden Städten noch stärker  
426 als bisher wahrzunehmen und ihre Förderbedingungen auf dieses Ziel hin zu verbessern.  
427 Die von Seiten der Stadt Köln dem nordrhein-westfälischen Ministerium für Bauen, Woh-  
428 nen, Stadtentwicklung und Verkehr unterbreiteten Vorschläge zur attraktiveren Gestaltung  
429 der Rahmenbedingungen für den geförderten Wohnungsbau finden unsere Zustimmung.

430

431 **f)**

432 Ein wesentlicher Hemmschuh für die Umsetzung des geförderten Wohnungsbaus ist die  
433 Entwicklung der Bodenpreise. Wo eine Reduzierung der Grundstückspreise der Stadt Köln  
434 um 20% für Projekte des geförderten Wohnungsbaus nicht ausreicht, muss über weiterge-  
435 hende Lösungen nachgedacht werden. Hier kann beispielsweise mit dem Instrument des  
436 Erbbaurechts gearbeitet werden.

437

438 **g)**

439 Die Wohnungsbaupolitik muss langfristig auch die Region in den Blick nehmen. Auch klei-  
440 nere Umlandkommunen müssen sich im Bereich des geförderten Wohnungsbaus enga-  
441 gieren.

442

443 **h)**

444 Die Maßnahmen und ihre Wirksamkeit sind in Kommunikation mit der Wohnungswirt-  
445 schaft, einschließlich der Genossenschaften, zu überprüfen. Zu diesem Zweck ist das  
446 Wohnungsbauforum breiteren Kreisen zu öffnen.

447

448

449 angenommen

abgelehnt

überwiesen

450

451 **W-2 -3        SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

452

453 Antragsteller: SPD OV Ehrenfeld

454

455 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

456

457 **Steigende Mieten – Das muss die Stadt tun!**

458

459 **Steigende Mieten**

460 Deutschland schrumpft – Köln wächst. So lässt sich die Bevölkerungsentwicklung grob  
461 zusammenfassen. Während die Bevölkerung in Deutschland und NRW abnimmt, wachsen  
462 die Dienstleistungsstädte entlang des Rheins (Düsseldorf-Köln-Bonn) auch in den nächs-  
463 ten Jahren entgegen dem Trend. Köln wird durch Zuzüge langfristig Millionenstadt bleiben.  
464 Gleichzeitig steigt der Bedarf an Wohnfläche zusätzlich durch immer kleinere Haushalte  
465 (über die Hälfte der Kölner Haushalte sind Singlehaushalte). Die Familie mit zwei Kindern  
466 ist auch in Köln heute die Ausnahme. Im Ergebnis führt dies dazu, dass Köln pro Jahr rd.  
467 4000 neue Wohnungen benötigt. Neu gebaut werden pro Jahr jedoch nur ca. 2800.

468

469 Besonders dramatisch ist die Lage im sozialen Wohnraum. Ca. 45% der Kölner Haushalte  
470 könnten eine öffentlich geförderte Wohnung beziehen. Weniger als 8% der Kölner Woh-  
471 nungen sind jedoch noch öffentlich gefördert und entsprechend günstiger in der Miete.  
472 Durch das Auslaufen der Mietpreisbindung bei vielen alten Wohnungen und dem zu gerin-  
473 gen Neubau hat sich die Zahl der Wohnungen mit Mietpreisbindung in den letzten zehn  
474 Jahren um fast 40% reduziert.

475

476 Entsprechend werden bezahlbare Mieten in vielen Kölner Stadtteilen zur Seltenheit – Ge-  
477 ringverdiener werden in die Kölner Randbezirke oder ins Umland verdrängt. Es kommt zu  
478 Segregation und dem Auseinanderdriften der einzelnen Stadtteile und Stadtbezirke. Ins-  
479 besondere in Köln, das sich als bunte und offenen Stadt begreift, ist dies ein katastrophä-  
480 ler Prozess.

481

482 **Das muss die Stadt tun!**

483 Unser Ziel ist eine bunte und vielfältige Stadt. Wir fördern die soziale Durchmischung der  
484 einzelnen Veedel. Deshalb müssen wir den steigenden Mieten, die diese Mischung und  
485 den sozialen Frieden in der Stadt gefährden, entgegentreten.

486 Als Kommune können wir dabei an zwei Punkten ansetzen. Zum einen kann die Stadt den  
487 Mangel an günstigen Wohnungen bekämpfen, indem sie selbst oder durch städtische  
488 Wohnungsbaugesellschaften - vornehmlich günstige - Wohnungen errichtet. Zum anderen  
489 kann sie private Bauaktivitäten fördern, um dem Nachfrageüberhang mit einem entspre-  
490 chenden Angebot zu begegnen. Wir fordern konkret:

491

492 • Der Bau von Wohnungen mit Mietpreisbindung ist gegenüber „normalem“  
493 Wohnungsbau für Private kaum noch attraktiv. Die Stadt muss deshalb mittelfristig  
494 selbst oder durch städtische Gesellschaften öffentlich geförderten und günstigen  
495 Wohnraum im notwendigen Umfang, insbesondere in Stadtteilen mit hohen Mieten,  
496 errichten.

497

498 • Nur durch die Entwicklung kommunaler Grundstücke kann die Stadt nachhaltig die  
499 Mieten beeinflussen. Als Sozialdemokraten sind für uns bunte und lebenswerte  
500 Veedel und nachhaltiges Wirtschaften wichtiger, als kurzfristige Gewinne durch  
501 Grundstücksverkäufe. Die Grundstückspolitik (inkl. der Grundstücke kommunaler  
502 Beteiligungen) muss sich hieran messen lassen.

503

504 • Um die soziale Durchmischung zu fördern dürfen städtische Grundstücke (inkl. der  
505 Grundstücke kommunaler Beteiligungen) die für Wohnbebauung geeignet sind in  
506 Stadtteilen mit hohen Mieten nicht mehr an Private verkauft werden, sofern diese  
507 sich nicht zu einer Bebauung mit gefördertem Wohnraum verpflichten. Langfristig  
508 muss die Stadt auch über den Erwerb von Wohnungen oder Baugrundstücken in  
509 Stadtteilen mit hohen Mieten Nachdenken.

510

511 • Auch der „normale“ Wohnungsbau muss gefördert und beschleunigt werden. Die  
512 Stadt muss potentielle Bauherren unterstützen, ihre Verwaltungsprozesse  
513 optimierten und Auflagen, die den Wohnungsbau einschränken soweit möglich  
514 zurücknehmen.

515

516 • Um mehr Wohnungen errichten zu können müssen mehr Flächen für den  
517 Wohnungsbau erschlossen werden. Die Umwidmung von Gewerbegebieten darf  
518 hierbei kein Tabu sein. Eine solche Umwidmung kommt jedoch nur dann in  
519 Betracht, wenn für die Grundstücke auch zukünftig eine lediglich geringe, extensive  
520 gewerbliche Nutzung absehbar ist.

521

522

523

524 Mit der sozialgerechte Bodennutzung hat Rot/Grün einen wichtigen Schritt getan, um die  
525 Mietsteigerungen zu bremsen. Wir sind überzeugt, nur wenn sich Köln stärker im Bereich  
526 „Wohnen“ engagiert, kann die soziale Spaltung der Stadt aufgehalten werden. Wir bestär-  
527 ken die Ratsfraktion darin den Kampf gegen die steigenden Mieten als einen ihrer politi-  
528 schen Schwerpunkte zu betrachten. Wir werden dieses Thema auch im kommenden  
529 Kommunalwahlkampf zu einem unserer zentralen Wahlkampfthemen machen!

530

531

532 angenommen

abgelehnt

überwiesen



533 **W-3 -4        SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

534

535 Antragsteller: SPD OV Ehrenfeld

536

537 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

538 *Zur Weiterleitung an die SPD Ratsfraktion*

539

540 **Studentischen Wohnraum als Entwicklungschance begreifen**

541

542

543 Die KölnSPD unterstützt Oberbürgermeister Jürgen Roters bei seinen Anstrengungen zur  
544 Förderung des geförderten Wohnungsbaus. Im Teilbereich des studentischen Wohnraums  
545 fordern wir eine ergebnisorientierte Zusammenarbeit aller Beteiligten in einer „Schnellen  
546 Eingreifgruppe“, wie sie in der Bezirksvertretung Ehrenfeld mit Stimmen von SPD, Grünen,  
547 FDP und Linken beschlossen wurde.

548 Ziel der Schnellen Eingreifgruppe muss es sein schnellstmöglich ausreichend preiswerten  
549 Wohnraum für Kölns Studierende zu schaffen.

550 In die schnellen Eingreifgruppe sollen neben allen zuständigen städtischen Ämtern das  
551 Kölner Studentenwerk, die Allgemeinen Studierendenvertretungen (Asten) der Kölner  
552 Hochschulen sowie die GAG und weitere interessierte Wohnungsgenossenschaften mit  
553 einbezogen werden. Außerdem muss ein intensiver Austausch mit großen  
554 Grundstückseigentümern erfolgen.

555

556 Die schnelle Eingreifgruppe soll

557 1. alle Freiflächen im Stadtgebiet sichten und auf eine kurzfristig umsetzbare Nutzung für  
558 Wohnen in Containereinheiten prüfen, sowie beschleunigte Verfahren für eine solche  
559 Nutzung von der Planung bis zur Schlüsselübergabe betreuen.

560 2. alle leerstehenden Wohnobjekte im städtischen oder stadtnahen Besitz hin auf ihre  
561 Eignung für studentisches Wohnen prüfen, sanieren und bezugsfertig machen.

562 3. alle leerstehenden Büroflächen in Köln hin auf ihre kurzfristige Umnutzung als  
563 Wohnraum für Studierende prüfen, planen und ihren Bezug ermöglichen.

564

565 Der Stadtrat möge die schnelle Eingreifgruppe beauftragen, alle rechtlichen Möglichkeiten  
566 auszunutzen, anders deklarierte Flächen für studentisches Wohnen zu befähigen.

567

568

569

**570 Begründung**

571 Immer mehr Menschen nehmen in Köln ihr Studium auf. Aktuell werden in jedem  
572 Wintersemester neue Höchststände bei den Erstsemestern vermeldet. So sehr wir die  
573 Öffnung der Hochschulen begrüßen und noch weiter fordern, so sehr schreitet ein  
574 Problem mit dieser Entwicklung einher. Der kontinuierlich ansteigenden Zahl von  
575 Erstsemestern steht keine bedeutende Wohnraumerweiterung für Studierende gegenüber.  
576 2013 wird die Spitze der Erstsemester bundesweit erreicht.

577

578 Im Vergleich zu früheren Jahren haben die Anfängerzahlen an den Kölner Hochschulen  
579 überproportional stark zugenommen. An der Universität zu Köln liegt diese Zahl zu Beginn  
580 des Wintersemesters 2012 bei mehr als 30 Prozent im Vergleich zu vorherigen  
581 Jahrgängen. Die Fachhochschule Köln verweist sogar auf einen Zuwachs von 40 Prozent.  
582 Als Stadt profitieren wir von zuziehenden Studierenden profitiert. Gleichzeitig stellen wir  
583 fest, dass sich 45 immer mehr Studierende dem Druck ausgesetzt sehen, eine bezahlbare  
584 Wohnung zu finden. Wie die Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerkes seit  
585 Jahren zeigen, sind Kölner Studierende (im Vergleich zu anderen Großstädten) besonders  
586 darauf angewiesen, neben dem Studium zu arbeiten, um den Lebensunterhalt in unserer  
587 Stadt finanzieren zu können. Zudem sehen sich die Studierenden bei der Wohnungssuche  
588 einem immer stärker werdenden Wettbewerb ausgesetzt. Viele Erstsemester sind gerade  
589 erst volljährig und kommen oft in eine ihnen völlig unbekannte Stadt. Als Erstes gilt es, sich  
590 eine Unterkunft wortwörtlich zu erkämpfen. Dies kann keinesfalls im Sinne einer modernen  
591 und sozialen Millionen- und Wissenschaftsstadt sein.

592 Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Wissenschaftsministerin Svenja Schulze am  
593 26. September 2012 betonte Oberbürgermeister Jürgen Roters, dass die Erweiterung des  
594 studentischen Wohnraums einer dauerhaften Lösung bedürfe. Man dürfe nun nicht  
595 kurzfristig denken. Denn auch nach dem prognostizierten Abfall der demografischen  
596 Entwicklung werde Köln eine der begehrtesten Universitätsstädte Deutschlands bleiben.  
597 So sehr unser Oberbürgermeister mit dieser Einschätzung Recht hat, Unterstützung von  
598 allen Seiten für dieses Anliegen verdient und seinen Worten auch Taten folgen lassen  
599 muss: Es gibt in unserer Stadt heute einen massiven Bedarf, der kurzfristig gedeckt  
600 werden muss. Die Zeit für lange Suche, Planungen und Bauzeiten ist längst abgelaufen.  
601 Eine langfristige Umwandlung von jetzt kurzfristig zu nutzenden Flächen ist im Anschluss  
602 an den Zeitraum der schnellen Eingreifgruppe abzuwägen. Eine Nachnutzung, gerade der  
603 Flächen von Container-Wohneinheiten, ist nach Ende des größten Bedarfs immer noch  
604 möglich.



621 **W-4-5            SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

622

623 Antragsteller: Jusos Köln

624

625 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

626

627 **Studentischen Wohnraum gesamtstädtisch und nachhaltig denken**

628

629 **Antrag:**

630 Die Suche nach geeignetem studentischem Wohnraum soll stadtwweit erfolgen. Studenti-  
631 scher

632 Wohnraum soll dort entstehen, wo er kostengünstig realisierbar ist und die Infrastrukturen  
633 ein studentengerechtes Wohnen zulassen. Das gilt sowohl in Bezug auf Baugrund für  
634 Neubauten, als auch für die Nutzung leer stehender Gebäude, insbesondere der, die  
635 schon in öffentlicher Hand sind.

636

637 Längere Fahrzeiten zur Universität und Fachhochschule dürfen in angemessenem Aus-  
638 maße kein Ausschlusskriterium sein und müssen durch einen Dialog mit der KVB kom-  
639 pensiert werden. Vorstellbar sind z.B. Sonderfahrten oder KVB-Sonderlinien, die eine  
640 schnellere Erreichbarkeit der Universität und der Fachhochschule ermöglichen.

641

642 Außerdem sollte die in den kommenden Jahren wachsende Nachfrage nach studenti-  
643 schem Wohnraum für die Stadtteilentwicklung genutzt werden. Wir fordern eine kölnweite  
644 Ansiedlung von Studierenden.

645

646 Studentischer Wohnraum muss im Hinblick auf den demographischen Wandel von Anfang  
647 an für eine Nachnutzung geplant werden. Hierbei solle eine Kooperation zwischen GAG  
648 und KStW initiiert werden. Dabei ist denkbar, dass es zu einer paritätischen Beteiligung an  
649 den Kosten für die Wohnraumschaffung kommt. Der zunächst studentisch genutzte Wohn-  
650 raum soll später der GAG überführt werden. In diesem Rahmen können auch Leerstände  
651 der GAG für mittelfristiges studentisches Wohnen in Betracht gezogen werden. Zur Bewäl-  
652 tigung des Wohnraumbedarfs des doppelten Abiturjahrgangs zum Wintersemester  
653 2013/2014 müssen auch temporäre Lösungen, wie Wohncontainer, in Betracht kommen.

654

655 **Begründung:**

656 Im Jahr 2013 kommt in NRW der doppelte Abiturjahrgang – rund 55.000 zusätzliche Stu-  
657 dierende werden sich an den Universitäten und Fachhochschulen neu einschreiben. Es ist  
658 wahrscheinlich, dass ein großer Teil der Studierenden nach Köln ziehen wird. Zudem ist  
659 davon auszugehen, dass Köln weiterhin eine Zuzugsstadt bleibt und dies quantitative  
660 Auswirkungen auf die Studierendenanzahl haben wird.

661 Schon heute gibt es in Köln viel zu wenig geförderten Wohnraum für Studierende. Die  
662 Wartelisten für die Wohnheime des Studentenwerks sind lang. Das Kölner Studentenwerk  
663 (KStW) hat den Ausbau des Angebots versäumt - gerade einmal für 6-7 % aller Kölner  
664 Studenten (nicht nur der Universität!) kann ein Wohnheimplatz angeboten werden, was  
665 unter dem Landes- und Bundesdurchschnitt von über 8% liegt.

666

667 Aufgrund des enormen Bedarfs muss die Suche nach geeigneten Orten zur Wohnraum-  
668 schaffung gesamtstädtisch erfolgen. So muss jedes Veedel in Betracht gezogen und  
669 jede Form der Wohnraumschaffung, sei es durch Neubauten oder die Sanierung bzw.  
670 Umnutzung von Bestandsgebäuden, ernsthaft diskutiert werden.

671 Dabei muss gelten, dass mit einem Minimum an Kosten ein Maximum an Wohnraum ge-  
672 schaffen werden muss. Prestigebauten mit nur wenigen Wohnheimplätzen verkennen die  
673 Wohnraumnot und die prekäre Haushaltslage.

674

675 Darüber hinaus sollen steigende Studentenzahlen für Köln auch gezielt zur Stadtteilent-  
676 wicklung genutzt werden. Ein gezielter Auf- und Ausbau studentischen

677 Wohnraums in Stadtbezirken wie Kalk, Mülheim, Porz und Chorweiler soll Vielfalt und  
678 Durchmischung in die Veedel bringen und würde längst überkommene Vorurteile abbau-  
679 en. Viele Stadtteile leiden unter einer strukturellen Überalterung und dem Wegzug junger  
680 Leute. Diese Veedel befinden sich in einem momentan nur schwer zu durchbrechenden  
681 Abwärtstrend durch Leerstand von Wohn- und Gewerbeflächen sowie einer zum Teil rück-  
682 ständigen Infrastruktur.

683

684 In diesen Stadtbezirken bestehen vielerorts Möglichkeiten, durch gezielte Investitionen  
685 studentischen Wohnraum entstehen zu lassen. In Frage kommt unter anderem die

686 Nachnutzung des Citroen-Geländes in Porz-Westhoven, der alten Kalker Polizeiwache  
687 und eines Hochhauses in Kalk-Ostheim.

688 Stadtbezirke, die bei Studenten beliebt sind und dementsprechend hoch im Kurs stehen,  
689 wie beispielsweise Ehrenfeld und Sülz, erfreuen sich an studentischen Kneipen, an Klein-  
690 kunst und innovativen Unternehmen. Gerade Ehrenfeld hat enorm vom studentischen Mi-  
691 lieu profitiert und so den Wandel vom "verrufenen Schmuddelviertel" zum "In-Veedel" ge-  
692 schafft. Dabei wurde aber versäumt dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. So  
693 wurde der industrielle Wegbruch zwar kompensiert, jedoch zum Nachteil von und ohne  
694 Rücksicht auf sozial Benachteiligte.

695

696 Bei der Schaffung studentischen Wohnraums ist insbesondere auch der demographische  
697 Wandel zu beachten. Die GAG, die ihrerseits auch langfristig ein Interesse daran hat, so-  
698 zialen Wohnraum anzubieten, sollte Immobilien, die in Zukunft nicht mehr zum studentischen  
699 Wohnen benötigt bzw. genutzt werden, übernehmen und auf dem sozialen Woh-  
700 nungsmarkt feilbieten. So können Leerstände wie in Hürth-Efferen vermieden werden.

701

702

703 angenommen

abgelehnt

angewiesen

704 **E-1-6            SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

705

706 Antragsteller: SPD UB Vorstand

707

708 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

709 *Zur Weiterleitung an SPD Landesvorstand und SPD Landtagsfraktion*

710 *SPE / S & D Fraktion im Europäischen Parlament*

711

712 **Keine Schwächung der Kommunalen Ebene bei Reform der Konzessionsvergaben**

713

714 Die KölnSPD fordert die Europaabgeordneten der S&D-Fraktion sowie den Landtag NRW  
715 und die Landesregierung NRW dazu auf, einer EU-Richtlinie über die Konzessionsvergabe  
716 nur dann zuzustimmen (bzw. ihren Einfluss entsprechend geltend zu machen), wenn  
717 rechtssicher gewährleistet ist, dass die interne Vergabe an kommunale Unternehmen *ge-*  
718 *nerell* von der Richtlinie ausgenommen ist, soweit die öffentliche Hand einen beherr-  
719 schenden Einfluss auf das Unternehmen ausübt. Eine EU-Richtlinie, die die Privatisierung  
720 von Wasser-, Strom-, Gas- und Fernwärmenetzen zur Folge hat (oder haben könnte) ist  
721 entschieden abzulehnen!

722

723 **Begründung:**

724 Die EU-Kommission hat am 20. Dezember 2011 Vorschläge für die Modernisierung des  
725 Vergaberechts vorgelegt, hierunter auch eine neue Richtlinie über die Konzessionsverga-  
726 be (KOM (2011) 897 endgültig). Diese sieht die europaweite Ausschreibungspflicht für  
727 Konzessionsverträge vor, mit Klagerechten für private Wettbewerber. Am 24. Januar 2013  
728 hat der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments über einen Kompromisstext  
729 abgestimmt. Dieser enthält Bestimmungen, die eine Ausnahme für die interne Vergabe an  
730 kommunale Unternehmen begründen könnten. Zwei Bedingungen in dem derzeitigen  
731 Richtlinienentwurf sorgen jedoch dafür, dass diese Ausnahme für viele kommunale Unter-  
732 nehmen in Deutschland *nicht* gelten würde. Eine interne ausschreibungsfreie Vergabe ist  
733 demnach nur dann möglich, wenn

734        1) das kommunale Unternehmen keine (0%) private Beteiligung aufweist

735        2) das kommunale Unternehmen nur Umsätze erwirtschaftet, die aufgrund des Kon-  
736            zessionsvertrags erzielt wurden

737 Bei zirka 25% aller kommunalen Unternehmen in Deutschland besteht eine private Beteili-  
738 gung und rund 60% aller kommunalen Unternehmen sind in zwei bis fünf Sparten aktiv.  
739 Insbesondere Energie und Wasser werden oft (aus gutem Grund) zusammen geführt, wo-  
740 durch aber die zweite Bedingung (siehe oben) nicht mehr gegeben ist.

741 Die Richtlinie sieht einen ausgeweiteten Rechtsschutz für private Wettbewerber vor. So-  
742 bald ein privater Wettbewerber klagt, wird die Vergabeentscheidung *de facto* von den Ge-  
743 richten entschieden, mit unklarem Ausgang. Denn es gibt keine verbindlichen Kriterien  
744 z.B. zu arbeitsrechtlichen Standards. Große Konzerne, z.B. multi-national operierende  
745 Wasserversorger, dürften an dem bisher geschlossenen großen Markt in Deutschland  
746 sehr interessiert sein, deswegen besteht die Gefahr erzwungener Privatisierungen. Das  
747 betrifft den Wasserbereich, aber auch Strom-, Gas- und Fernwärmenetze.

748 Der zuständige EU-Kommissar Barnier beteuert die Wahlfreiheit der Kommunen. Durch  
749 die oben genannten Bedingungen wird jedoch *de facto* dafür gesorgt, dass die interne  
750 Vergabe für rund die Hälfte aller deutschen Kommunen nicht mehr möglich ist und eine  
751 europaweite Ausschreibungspflicht für ihre Konzessionsverträge bestünde. Ausschrei-  
752 bungs- und Klageverfahren kosten Zeit und Geld, die ohne Not zusätzliche Kosten für die  
753 Kommunen verursachen würden. Die Entscheidung darüber, ob eine Vergabe zulässig ist  
754 oder nicht, liegt im Zweifel bei den Gerichten. Wirkliche Wahlfreiheit ist erst gegeben,  
755 wenn die ausschreibungsfreie interne Vergabe ohne die oben genannten Vorbedingungen  
756 weiterhin möglich ist. Dies muss rechtssicher gewährleistet werden.

757 Die oben genannten Bedingungen entstammen der EuGH-Rechtsprechung zu den EU-  
758 Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe, also Sekundärrecht. Der Lissaboner Ver-  
759 trag legt unter Art. 4 jedoch fest, dass die EU die kommunale Selbstverwaltung zu respek-  
760 tieren hat. Mit Verweis auf dieses Primärrecht ließe sich eine Abweichung von der EuGH-  
761 Rechtsprechung begründen.

762 Zum Beispiel könnte von einem beherrschenden Einfluss auch dann ausgegangen wer-  
763 den, wenn private Beteiligung vorliegt (z.B. bis zu 25%) und wenn in Bereichen Umsätze  
764 erzielt werden, die nicht direkt mit dem Konzessionsvertrag zusammenhängen (z.B. in an-  
765 deren Sparten), und zwar unabhängig davon wie hoch diese Umsätze ausfallen (derzeit  
766 dürfen diese nur 20% des Gesamtumsatzes betragen).

767

768

769 angenommen

überwiesen

abgelehnt



770 **E-2-0 SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

771

772 Antragsteller: SPD UB Vorstand Europaforum

773

774 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

775

776 **Ein soziales und demokratisches Europa!**

777 Die Europäische Union befindet sich in einer Krise. Krisen zeigen an, dass es nicht so wei-  
778 tergehen kann wie bisher. Wir stehen daher an einem historischen Wendepunkt: Die EU  
779 entwickelt sich entweder hin zu einer weitergehenden politischen Einigung oder verfällt  
780 Bewegungen, die zum Nationalstaat zurückkehren wollen. Die Idee eines vereinigten Eu-  
781 ropas beruht jedoch auf den politischen Zielen, Krieg in Europa zu vermeiden, eine Werte-  
782 gemeinschaft zu bilden und Wohlstand zu schaffen. Diese Ziele sind nach wie vor erstre-  
783 benswert. Der Gedanke, dass die Europäische Union zuvorderst zum Wohlergehen der  
784 Menschen geschaffen wurde, muss heute jedoch wieder stärker in den Mittelpunkt gestellt  
785 werden.

786

787 Vor dem Hintergrund des zweiten Weltkrieges war die Integration der damaligen Bundes-  
788 republik Deutschland alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Gerade in Krisenzeiten  
789 hat Deutschland daher eine Verantwortung für den europäischen Gedanken und seine  
790 Mitgliedsstaaten, ohne behrend und überfordernd aufzutreten und die Schuldenkrise al-  
791 leine auf mangelnde haushaltspolitische Solidität zurückzuführen.

792

793 Die Einführung des Euros sollte den Zusammenhalt zwischen den Mitgliedsstaaten fördern  
794 und einen weiteren Schritt hin zur politischen Einheit markieren. Derzeit beobachten wir  
795 jedoch das Gegenteil: Im Vordergrund der Debatte stehen Ausdrücke wie „Zahlmeister“  
796 oder „Transferunion“, die zum Einen an der Realität vorbeigehen, da Deutschland vom  
797 Euro profitiert hat, und zum Anderen aber auch aufzeigen, dass Nationalegoismen immer  
798 noch tonangebend und verkaufsfördernd sind. Dass die wirtschaftliche und politische Zu-  
799 sammenarbeit in Europa Frieden und Wohlstand geschaffen hat, gerät dabei ins Hinter-  
800 treffen. In Wirklichkeit zeigt gerade die Krise, dass eine weitergehende politische Integrati-  
801 on Europas notwendig ist: Eine gemeinsame Währung kann ohne eine gemeinsame Wirt-  
802 schaftspolitik immer wieder ähnliche Krisen hervorrufen.

803

804 Auch auf internationaler Ebene können die Staaten Europas nachhaltig nur Einfluss neh-  
805 men, wenn sie gemeinsam auftreten – sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Der Vorteil  
806 der EU liegt darin, dass hierdurch gemeinsam politische Antworten auf die Globalisierung  
807 und internationale politische Entwicklungen gegeben werden können. Der Einfluss einzel-  
808 ner europäischer Nationalstaaten wird in einer globalisierten Welt mit Mächten wie China  
809 oder Indien jedenfalls zunehmend an Bedeutung verlieren.

810

811 Die politische Integration Europas bedeutet ein politisches Projekt der Einheit in Vielfalt.  
812 Die EU ist zudem eine Wertegemeinschaft. Sie verbindet Menschenrechte, Sozialstaat-  
813 lichkeit, Rechtstaatlichkeit, nachhaltiges Wachstum und Demokratie – ein Modell, das ein-  
814 zigartig ist in der Welt. Die Europäische Union muss daher politisch weiterentwickelt wer-  
815 den. Dabei sollte der Gedanke, dass die Europäische Union zum Wohlergehen der Men-  
816 schen geschaffen wurde, wieder in den Mittelpunkt gestellt werden. Es bedarf eines neuen  
817 Anstoßes für ein demokratisches und soziales Europa!

818

### 819 ***Frieden und Solidarität***

820 Am Anfang der politischen Integration Europas stand eine Idee: die Idee des Friedens.  
821 Nach nun über sechs Jahrzehnten hat sich dieses Modell als Erfolgsmodell bewährt. Die  
822 lange Phase immer wieder aufflammender Kriege über viele Jahrhunderte hinweg hat  
823 hierdurch ein Ende gefunden, wovon wir alle profitieren. Auch wenn die wirtschaftliche  
824 Verflechtung hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet hat, ist die Europäische Union dies-  
825 bezüglich nicht rein funktional zu sehen. Die Idee des Friedens beruht auf dem Gedanken  
826 der Solidarität. Ohne den politischen Willen zur Solidarität ist das Friedensprojekt der Eu-  
827 ropäischen Union gefährdet. Der Zusammenhalt der europäischen Staaten ist keine  
828 Selbstverständlichkeit, sondern muss immer wieder politisch gestärkt und neu gelebt wer-  
829 den.

830

### 831 ***Krisen verhindern***

832 Die derzeitige Krise offenbart die Abhängigkeit der Menschen von globalen Entwicklungen  
833 auf den Wirtschafts- und Finanzmärkten. Das zentralste Problem ist dabei die Notwendig-  
834 keit von Bankenrettungen. Durch diese verlieren Spekulanten im Verlustfall kein oder  
835 kaum Geld. In guten Zeiten jedoch gehen die Gewinne an private Anleger und nicht an die  
836 Arbeitnehmer zurück, die während der Krise Arbeitsplatzverlust, Lohnkürzungen oder

837 Kurzarbeit hinnehmen mussten, oder an den Staat, der die Banken retten musste. Das  
838 heißt, die Verluste werden von der Allgemeinheit getragen (bis hin zur Existenzbedro-  
839 hung), während die Gewinne privat eingestrichen werden. Mit diesem Prinzip muss  
840 Schluss sein! Die Finanzmärkte müssen daher so reguliert werden, dass die Verluste auch  
841 von denjenigen getragen werden, die das Risiko dafür eingehen. Eine Finanztransaktions-  
842 steuer, die über hierfür eingerichtete verpflichtende Börsenstellen erhoben wird, wird zum  
843 Beispiel die Einnahmeseite verbessern und die Risikoverantwortung wieder an diejenigen  
844 zurückgeben, die die Risiken eingehen. Außerdem müssen Geschäfts- und Investment-  
845 banken stärker getrennt und kontrollierte Bankeninsolvenzen möglich werden.

846

### 847 **Soziale Absicherung**

848 Die negativen Folgen der Globalisierung können sozial abgefedert werden, indem soziale  
849 Ziele und Mindeststandards europäisch verbindlich vereinbart werden. Konkret wollen wir,  
850 dass in einem europäischen sozialen Stabilitätspakt zum Beispiel gemeinsame Ziele für  
851 nationale Sozial- und Bildungsausgaben festgelegt werden, die sich an der jeweiligen wirt-  
852 schaftlichen Leistungsfähigkeit der EU-Staaten orientieren. Bei steigender wirtschaftlicher  
853 Leistungsfähigkeit eines Landes wäre dieses demnach auch zu höheren Ausgaben in Bil-  
854 dung und sozialen Sicherungssystemen verpflichtet. In Europa muss gelten: Gleiche Lohn-  
855 und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort! Lohn- und Sozialdumping darf  
856 kein Raum gegeben werden. Zudem müssen die Mitbestimmung in den europäischen Un-  
857 ternehmen und die Rechte der europäischen Betriebsräte gestärkt sowie der soziale Dia-  
858 log zwischen Gewerkschaften und den Arbeitgebern auf europäischer Ebene weiter aus-  
859 gebaut werden. Um darüber hinaus die Tarifautonomie auf europäischer Ebene zu stär-  
860 ken, wollen wir eine Rechtsgrundlage für grenzüberschreitende Tarifverhandlungen und  
861 Tarifverträge schaffen.

862 Die Vielfalt Europas macht ihren Reichtum aus. Das Dilemma besteht jedoch darin, dass  
863 aufgrund der sehr unterschiedlichen Wohlfahrtsmodelle in Europa gerade soziale Fragen  
864 viel konflikträchtiger sind als im Bereich der wirtschaftlichen Integration. Zwischenstaatli-  
865 che Aushandlungen über soziale Fragen enden daher meist auf dem kleinsten gemeinsa-  
866 men Nenner, während der Binnenmarkt mit seinen Wettbewerbsregeln immer weiter fort-  
867 schreitet. Die Aufgabenverteilung in Europa sollte den unterschiedlichen historisch ge-  
868 wachsenen Strukturen und Traditionen jedoch gerecht werden. Das Recht auf die Wah-  
869 rung der jeweiligen sozialstaatlichen Strukturen sollte daher in den Verträgen der Europäi-

870 schen Union festgeschrieben werden. Zum Beispiel sollte das Prinzip der kommunalen  
871 Selbstverwaltung garantiert werden.

872

### 873 ***Aufstiegs- und Entwicklungschancen***

874 Für die Menschen ist es wichtig, dass sie für die eigene Zukunft Entwicklungsmöglichkei-  
875 ten sehen. Aufstieg durch Bildung sollte als übergeordnetes Ziel in jedem europäischen  
876 Land möglich sein! Gleichzeitig braucht die Wirtschaft attraktive Rahmenbedingungen, um  
877 Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeiten für die Menschen anbieten zu können. Hierzu  
878 muss in Forschung, Bildung und Infrastruktur, aber auch in entsprechende Zukunftsbran-  
879 chen investiert werden. Haushaltskonsolidierungen sind notwendig, sie dürfen aber nicht  
880 dazu führen, dass wichtige Zukunftsinvestitionen zurückgehalten werden und eine Spirale  
881 nach unten in Gang gesetzt wird. Besonders besorgniserregend ist die enorm hohe Ar-  
882 beitslosigkeit von jungen Menschen in Südeuropa. Europa verspielt damit die eigene Zu-  
883 kunft!

884 Eines der großen Probleme der derzeitigen Krise ist die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit  
885 der Importländer innerhalb der Eurozone und ihre derzeitig schwache wirtschaftliche Ent-  
886 wicklung. Hierdurch mangelt es weiter an Investitionen, um wieder auf die Beine zu kom-  
887 men. Eine einseitige Politik der Kürzungen verschärft die Ungleichgewichte und ist daher  
888 abzulehnen. Stattdessen müssen zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, die in den  
889 Importländern wirtschaftliches Wachstum schaffen und die den Menschen auch wieder  
890 eine Perspektive geben. Deutschland sollte sich – auch im eigenen Interesse – dafür ein-  
891 setzen, dass die Strukturreformen in den südlichen Ländern mit einem europäischen In-  
892 vestitionsprogramm verknüpft werden.

893

894 Den Ungleichgewichten innerhalb der Eurozone muss jedoch auch ganz grundsätzlich auf  
895 europäischer Ebene wirksam begegnet werden, beispielsweise durch einen außenwirt-  
896 schaftlichen Stabilitätspakt (Leistungsbilanzsalden von mehr als drei Prozent des BIP  
897 könnten z.B. mit Strafzahlungen belegt werden). Wichtig ist dabei, dass auch Länder mit  
898 Leistungsbilanzüberschüssen wie Deutschland ihre Verantwortung für außenwirtschaftli-  
899 che Stabilität im Euro-Raum erkennen und wahrnehmen.

900

901 Dies sollte erreicht werden durch steigende Löhne in Deutschland. In den nächsten Jahren  
902 sollten die Löhne kontinuierlich mindestens um die Inflationsrate plus das jährliche Produk-

903 tivitätswachstum steigen. Wir unterstützen die Gewerkschaften dabei, dieses Ziel in den  
904 tarifgebundenen Bereichen zu erreichen. Ansonsten fordern wir die Einführung eines ge-  
905 setzlichen Mindestlohns.

906

907 Des Weiteren fordern wir eine europäische Wirtschaftspolitik, die stärker die Vielfalt und  
908 Differenziertheit in Europa als eine wertvolle Ressource nutzt und insbesondere die Ent-  
909 wicklung einer innovativen und nachhaltigen Wirtschaft fördert.

910

### 911 ***Mehr Demokratie für Europa***

912 Die derzeitigen Regierungen suchen kaum nach gemeinsamen Lösungen im europäi-  
913 schen Sinne, sondern verkaufen zwischenstaatliche Verhandlungsergebnisse auf dem  
914 kleinsten gemeinsamen Nenner als die beste Lösung im Interesse der eigenen Nation.

915

916 Im Zuge dessen entfernen sich die Bürgerinnen und Bürger in Europa immer weiter von  
917 der europäischen Idee von Frieden, Wohlstand und Einheit in Vielfalt. Sie fühlen sich  
918 ohnmächtig und können die Zusammenhänge und Beschlüsse weder im Detail noch in  
919 ihrer Tragweite noch nachvollziehen.

920

921 Die Menschen sind skeptisch, wenn es um die Abgabe von Kompetenzen an die europäi-  
922 sche Ebene geht. Diese Skepsis ist berechtigt, weil kaum jemand noch angesichts der  
923 andauernden Krisengipfel und verkomplizierten Zusammenhänge die sich ständig ändern-  
924 den Entscheidungen verstehen, geschweige denn wirklich gut bewerten kann und die Ein-  
925 flussmöglichkeiten zu gering sind. Gleichzeitig haben die Entscheidungen, die auf europä-  
926 ischer Ebene getroffen werden, weitreichende Konsequenzen für das Leben der Bürgerin-  
927 nen und Bürger in Europa. Die Menschen sollten mehr Mitspracherechte bekommen, da-  
928 mit sie über ihre Zukunft in Europa mitentscheiden können. Nur dann wird „mehr Europa“  
929 auch als ein Zugewinn wahrgenommen. Wir brauchen daher mehr Demokratie für Europa!

930

931 Das EU-Parlament ist das einzige direkt gewählte Organ der EU und muss daher zentralis-  
932 tes Organ eines demokratischen Europas werden. Zur nächsten Europawahl 2014 muss  
933 ein/e sozialdemokratische/r Spitzenkandidat/in aller SPE Mitgliedsparteien für das Amt  
934 des/der Kommissionspräsidenten/in antreten. Wir wollen die Entwicklung der SPE hin zu

935 einer echten Mitgliederpartei als Kern einer europäischen Öffentlichkeit weiter vorantrei-  
936 ben und die Möglichkeit für Individualmitgliedschaften schaffen. Zugleich müssen europäi-  
937 sche Parteien so weiterentwickelt werden, dass sie europaweit kampagnen- und politikfä-  
938 hig werden. Zur Stärkung des EU-Parlaments streben wir außerdem ein einheitliches  
939 Wahlprogramm, einheitliche Wahlverfahren und abgestimmte Kampagnen an. Als nächs-  
940 ten konkreten Schritt zur weiteren Demokratisierung europäischer Entscheidungsprozesse  
941 wollen wir zudem ein Initiativrecht des Europäischen Parlamentes durchsetzen.

942

943 Darüber hinaus wollen wir freie und gleiche Wahlen in Europa sowie die Direktwahl von  
944 Europaparlamentarier/innen. Hierdurch entstehen zuordenbare Verantwortlichkeiten und  
945 eine stärkere Bindung der Abgeordneten zu ihren Wählerinnen und Wählern.

946

947 Eine demokratischer und sozialer verfasste Europäische Union, welche die wohlfahrts-  
948 staatlichen Traditionen der Mitgliedsländer respektiert und gleichzeitig soziale Mindest-  
949 standards setzt, um einen ruinösen Wettbewerb zu verhindern, und darüber hinaus Maß-  
950 nahmen durchsetzt, die die Menschen vor der Abhängigkeit von den Finanzmärkten und  
951 der Globalisierung schützt und ihnen dabei auf europäischer Ebene direkte politische Mit-  
952 wirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten gibt, würde auf breitere Akzeptanz stoßen, weil  
953 es für die Menschen und von den Menschen gestaltbar wäre. Die sozialdemokratischen  
954 Parteien in Europa sollten hierfür die Vorreiter sein!

955

956

957 angenommen

abgelehnt

überwiesen

958 **B-1-7**            **SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

959

960 Antragsteller: SPD UB Vorstand

961 *Zur Weiterleitung an SPD Landesvorstand und SPD Landtagsfraktion*

962

963 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

964

965 Die Kölner SPD fordert die Landesregierung auf, die im Schulkompromiss angelegten und  
966 in den entsprechenden Gesetzen und Verordnungen beschriebenen Möglichkeiten zur  
967 Schulentwicklung im Sinne der Kommunen und entsprechend dem Elternwillen auszule-  
968 gen.

969 Insbesondere bei den zentralen Themen des längeren gemeinsamen Lernens und der  
970 Inklusion erwarten wir eine enge und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Ministerium  
971 und Bezirksregierung auf der einen und Kommune und Lehrer und Eltern auf der anderen  
972 Seite.

973

974 Begründung:

975 Da wo sich Eltern eindeutig für Gesamtschulen und gegen die Sekundarschule ausspre-  
976 chen und die Kommune eine qualitative Schulentwicklungsplanung vorlegt, sollten diesem  
977 Elternwillen und dem Plan der Kommune entsprochen und offensiv die Gründung weiterer  
978 Gesamtschulen vorangetrieben werden.

979

980 Die beiden genannten zentralen Themen der Schulentwicklung sind nur gemeinsam mit  
981 den Lehrenden und den Eltern umsetzen. Die Energie und die Motivation, die notwendig  
982 sind bei der Planung und Entwicklung des Schulprogramm, aber auch in den anstrengen-  
983 den Übergangszeiten, werden nur aufgebracht werden, wenn die Kenntnisse und Erfah-  
984 rungen der in den Schulen Tätigen positiv eingebracht und auch die Anregungen und die  
985 Kritik ernstgenommen werden.

986

987

988 Angenommen

abgelehnt

überwiesen

989 **B-2-8** **SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

990

991 Antragsteller: SPD OV Ehrenfeld

992

993 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

994

995 **Ausbilden und Nachwuchs fördern**

996 Die SPD-Fraktion des Rates der Stadt Köln wird aufgefordert, die Stadtverwaltung durch  
997 Ratsbeschluss zu beauftragen, kurzfristig einen Ausbildungs- und Nachwuchsförderplan  
998 zu entwickeln, der die derzeitige Ausbildungsquote von 5,31 % auf 8 % steigert. Bei der  
999 Ausbildung muss dafür gesorgt werden, dass Jugendliche und Erwachsene mit Migrati-  
1000 onshintergrund und Menschen mit Behinderung im Rahmen von Inklusion entsprechend  
1001 ihrer Fähigkeiten und Möglichkeiten eine faire Chance erhalten. Dabei muss die Ausbil-  
1002 dung mit der Perspektive der Übernahme in eine feste Anstellung verbunden sein. Die  
1003 städtischen Gesellschaften der Stadt Köln müssen sich auch diesen Herausforderungen  
1004 stellen.

1005

1006 **Begründung:**

1007 Die Stadt Köln stellt sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung als große Ausbildungsein-  
1008 richtung. Es müssen marktfähige Ausbildungsberufe und wissenschaftliche Volontariate im  
1009 Vordergrund stehen. Dabei sollen auch duale Ausbildungen (Koppelung von Berufsausbil-  
1010 dung und Studium) angeboten werden. Der demografische Wandel ist zu berücksichtigen.  
1011 Es muss berücksichtigt werden, dass in den nächsten Jahren ein großer Teil der Mitarbei-  
1012 ter/innen die Altersgrenze erreichen wird. Deshalb ist rechtzeitig der Erfahrungs- und Wis-  
1013 senstransfer sicherzustellen. Die Qualifizierungs- und Ausbildungsquoten sowie die Über-  
1014 nahmen in ein festes Arbeitsverhältnis sind zu steigern.

1015

1016

1017 angenommen

abgelehnt

überwiesen



1018 **B-3-9 SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

1019

1020 Antragsteller: Stadtbezirk Kalk, OV Rath/Heumar

1021

1022 **Die Fachhochschule Köln braucht ein modernes und leistungsfähiges Ingenieur-**  
1023 **wissenschaftliches Zentrum - Für den zeitnahen Abriss des maroden Hauptgebäu-**  
1024 **des der Fachhochschule Köln in Deutz**

1025

1026 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

1027

1028 Die KölnSPD fordert die Landesregierung auf, auf der Grundlage der Ergebnisse des  
1029 durchgeführten städtebaulichen Wettbewerbs zügig die Voraussetzungen für den Teilneu-  
1030 bau der Fachhochschule Deutz zu schaffen. Dazu ist zeitnah der erforderliche Antrag auf  
1031 Abriss des maroden Gebäudes des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums (IWZ) der  
1032 Fachhochschule Köln in Deutz zu stellen.

1033

1034 Nach der Freude über die Entscheidung der Landesregierung, das Ingenieurwissenschaft-  
1035 liche Zentrum der Fachhochschule Köln (IWZ) in Deutz zu belassen, hatte die Nominie-  
1036 rung des maroden Hauptgebäudes als „Denkmal des Monats“ Anfang des vergangenen  
1037 Jahres für Kopfschütteln gesorgt. Bei dem Hauptgebäude des IWZ handelt es sich nicht  
1038 um einen Solitär von architekturgeschichtlicher Einmaligkeit. Tatsächlich handelt es sich  
1039 um Zweckbauten, die in den 1970er Jahren in vergleichbarer Form auch an anderen  
1040 Hochschulstandorten in Nordrhein-Westfalen wie z.B. in Bochum, Duisburg und Wuppertal  
1041 errichtet worden sind.

1042 Die Bezirksregierung Köln hat nun entschieden, dass das IWZ nach den Vorgaben des  
1043 Denkmalschutzgesetzes in einem regelkonformen Verfahren überprüft und in die Denk-  
1044 malliste einzutragen ist, gleichzeitig aber betont, dass bei einem Antrag auf Abriss die Be-  
1045 lange von Wissenschaft und Forschung gegenüber dem Interesse der Denkmalpflege  
1046 überwiegen.

1047 Fest steht: Ohne einen Abriss wäre die Fachhochschule nicht in der Lage, ihren Beitrag  
1048 zur Aufnahme zusätzlicher Studenten zu leisten. Das marode IWZ kann realistisch be-



1062 **B-4 -10**      **SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

1063

1064 Antragsteller: Jusos Köln

1065

1066 **Nein zu Leiharbeit und systematischer Befristung im öffentlichen Dienst**

1067 *Zur Weiterleitung an den Parteitag der NRW SPD*

1068

1069 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

1070

1071 **Antrag:**

1072 Wir lehnen Leiharbeit sowie die systematische Befristung von Arbeitsverhältnissen im öf-  
1073 fentlichen Dienst sowie in daran angegliederten Betrieben ab. Der öffentliche Sektor muss  
1074 in seiner Beschäftigungspraxis Vorbild sein für private Arbeitgeber. Leiharbeit und Zeitver-  
1075 träge dürfen daher nicht die Regel sein. Wir fordern die Landesregierung NRW auf, den  
1076 Gebrauch dieser Arbeitsmarktinstrumente offen zulegen und zeitnah ein Konzept zur  
1077 Durchsetzung unserer Forderungen zu entwickeln. Ebenso fordern wir den Rat der Stadt  
1078 Köln auf Stellung zu nehmen, welche Art von Beschäftigungsverhältnissen auf kommuna-  
1079 ler Ebene gepflegt werden und in welchem Ausmaß dies jeweils geschieht.

1080

1081 **Begründung:**

1082 In den letzten Jahren hat die Anzahl von Leiharbeitnehmern und befristet beschäftigten  
1083 Angestellten im öffentlichen Dienst zugenommen. Oftmals werden Stellen über Jahre hin-  
1084 weg mit befristet angestellten Arbeitnehmern besetzt, obwohl ein dauerhafter Bedarf für  
1085 diese Arbeitskräfte besteht.

1086

1087 Gute Arbeit ist ein wichtiges Ziel der Sozialdemokratie. Leiharbeit und befristete Arbeits-  
1088 verträge können sinnvolle Instrumente sein, um für Arbeitslose einen Einstieg in den Ar-  
1089 beitsmarkt zu finden. Diese Instrumente können jedoch auch missbraucht werden, um Ar-  
1090 beitnehmerrechte einzuschränken – z.B. durch niedrige Bezahlung oder durch die Unsi-  
1091 cherheit der Weiterbeschäftigung. Der Einsatz der Instrumente muss also kritisch erfolgen.

1092 Eine zeitliche Befristung von Arbeitsverhältnissen muss insbesondere im öffentlichen  
1093 Dienst die absolute Ausnahme sein. Dass Leiharbeit für den öffentlichen Dienst generell  
1094 ungeeignet ist, liegt in der Natur des Beschäftigungsverhältnisses: Obwohl sich auch die  
1095 Verwaltung an der Wirtschaftlichkeit Ihrer Arbeit messen lassen muss, ist es nicht ihr Ziel  
1096 durch geringere Personalkosten Gewinnmaximierung zu erreichen. Befristete Arbeitsver-  
1097 hältnisse müssen auf die Fälle beschränkt werden, in denen tatsächlich lediglich ein vorü-  
1098 bergender Mehrbedarf an Arbeitskräften besteht.

1099

1100 Es ist nicht hinnehmbar, dass sogar unter unserer rot-grünen Landesregierung beispiele-  
1101 wise im Justizwesen ganze Abteilungen lediglich befristete Jahresverträge erhalten. Das  
1102 Justizministerium selbst gibt an, dass seine Beschäftigten teilweise seit Jahren befristete  
1103 Arbeitsverträge erhalten und dass es wünschenswert sei diese Situation zu „verbessern“.  
1104 Darauf müssen wir drängen! Gute Arbeit bedeutet auch Planungssicherheit für Arbeitneh-  
1105 mer. Dies gilt nicht nur, aber ganz besonders im öffentlichen Dienst.

1106

1107

1108 angenommen

abgelehnt

überwiesen

1109 **B-5-11 SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

1110 Antragsteller: Jusos Köln

1111

1112 **Ausbildungsplatz im Kölner UB**

1113

1114 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

1115

1116 **Antrag**

1117 Die KölnSPD wird aufgefordert, einen Beitrag zum Ausbildungsangebot der NRWSPD  
1118 zur/m Bürokauffrau/mann zu leisten, indem sie in der Praxisphase eine Station innerhalb  
1119 dieser Ausbildung übernimmt bzw. anbietet

1120

1121 **Begründung:**

1122 Ausbildungen sind notwendige Pfeiler zur Prägung der Zukunft von Jugend und Wirtschaft.  
1123 Es ist deshalb nicht verständlich, dass die KölnSPD als einer der größten Unterbezirke in  
1124 Nordrhein-Westfalen sich nicht daran beteiligt auszubilden.

1125

1126 Wir sind ArbeiterInnenpartei und fordern von der Wirtschaft zu recht mehr Ausbildungsplät-  
1127 ze anzubieten. Wir müssen allerdings auch mit gutem Beispiel vorangehen, wenn wir an-  
1128 dere in die Pflicht nehmen wollen. Das gilt bundes- und landesweit, aber eben auch für  
1129 Köln.

1130

1131

1132

1133 Angenommen

abgelehnt

überwiesen

1134 **B-6 -12        SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

1135

1136 Antragsteller: Jusos Köln

1137

1138 **Elite, nein danke – für eine vernünftige Ausfinanzierung der Hochschule statt För-**  
1139 **derung von „Leuchtturmprojekten“**

1140 *Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der NRW SPD*

1141

1142 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

1143

1144

1145 **Antrag:**

1146 Die Landesregierung sowie die Universität zu Köln werden aufgefordert, darauf hinzu-  
1147 wirken, dass die Exzellenzinitiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung  
1148 umgewandelt wird zu einem langfristigen Stärkungspakt für Hochschulen in ganz  
1149 Deutschland.

1150

1151 **Begründung:**

1152 Die Entscheidung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 15. Juni  
1153 2012, der Universität zu Köln den Titel „Elite-Universität“ zuzuerkennen, stieß bei  
1154 breiten Teilen der Studierendenschaft auf Unverständnis. Die Situation in der Lehre ist  
1155 bereits aktuell schwierig. Seminare mit 60 Personen in zu kleinen Räumlichkeiten und  
1156 überfüllte Hörsäle gehören zum Alltag aller Studierender, gerade an der Philosophi-  
1157 schen und Humanwissenschaftlichen Fakultät. Darüber hinaus ist das Angebot häufig so  
1158 knapp, dass Seminare, die zwingend zur Absolvierung des Studiums belegt werden  
1159 müssen auf Grund der hohen Nachfrage nicht belegt werden können.

1160

1161 Die Exzellenzinitiative verstärkt die schwierige Situation der Lehre weiter: Die  
1162 zusätzlich aufzubringenden Mittel für Bewerbung werden häufig aus den Mitteln für die  
1163 Lehre aquiriert, nicht aus denen der Forschung. Allerdings kommen die Gelder aus der  
1164 Exzellenzinitiative nicht der Lehre zu Gute, sondern der Forschung. Da die Forschenden,  
1165 die mit diesen Geldern unterstützt werden, nachweisen müssen, dass sie ausreichend  
1166 geforscht haben, geht dies häufig auch auf Kosten der Lehre. Den Lehrenden bleibt  
1167 neben dem Druck der Initiative häufig keine Zeit, Vorlesungen oder Seminare zu halten.

1168 Aus den Mitteln der Lehre werden Mittel für Forschung aquiert. Dies ist ein Skandal  
1169 und führt zur weiteren Verschlechterung der sowieso schon kritischen Situation der Leh-  
1170 re an den Universitäten.

1171

1172 An den Beispielen der Universität Göttingen und des Karlsruher Instituts für Technologie  
1173 lässt sich ein weiterer Kritikpunkt der Exzellenzinitiative deutlich machen: Den beiden  
1174 Hochschulen wurde in der zweiten Runde der Mittelvergabe der Exzellenzstatus aber-  
1175 kannt. Dies führte zu finanziellen Problemen, da Projekte, die noch nicht beendet wa-  
1176 ren, weiter finanziert werden mussten. Die Kurzfristigkeit dieser Initiative bedeutet  
1177 damit auch für die teilnehmenden Hochschulen ein enormes finanzielles Risiko, das  
1178 im Zweifel vom Land getragen werden muss.

1179

1180 Die Orientierung an der Initiative sorgt darüber hinaus für eine starke Fokussierung  
1181 auf die vermeintlich „gewinnbringenden“ Fachgruppen. Wirtschafts- und naturwissen-  
1182 schaftliche Fächer werden gefördert, geisteswissenschaftliche Fächer fallen hinten  
1183 über. Für eine gerechte und solidarische Hochschule sind allerdings alle Fakultäten  
1184 und Fächer von großer Bedeutung.

1185

1186 Alternativ sollte die Landesregierung eine neue Initiative auf den Weg bringen, die  
1187 die Lehre an Hochschulen in NRW stärkt. Dazu ist eine vernünftige Ausfinanzierung  
1188 des Hochschulsystems, unabhängig von Drittmitteln, nötig.

1189

1190

1191

1192 angenommen

abgelehnt

überwiesen

1193 **B-7-13 SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

1194

1195 Antragsteller: Jusos Köln

1196

1197 **Mehr Pädagogischer und didaktischer Unterricht für LehramtstudentInnen**

1198

1199 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

1200

1201

1202 **Antrag:**

1203 Wir fordern, dass konsequent ab dem ersten Semester der Lehramtsstudiengänge mehr  
1204 pädagogische und didaktische Inhalte vermittelt werden und praxisbezogener gearbeitet  
1205 wird.

1206 Dazu gehört, dass durch Sachverständige ein entsprechendes Konzept erarbeitet wird,  
1207 welches als Grundlage für einen einzubringenden Gesetzesentwurf dient.

1208

1209 **Begründung:**

1210 Eine Langzeitstudie von Frankfurter Bildungsforschern bestätigt, dass viele Pädagogen im  
1211 Schulalltag schlecht zurechtkommen: Bereits nach den ersten vier Berufsjahren fühlt sich  
1212 jeder Zehnte stark überfordert.

1213

1214 Jeder vierte Lehramtstudent oder Referendar wurde als "resignativer Typ" eingestuft, der  
1215 schon vor dem Berufseintritt einknickt. Aufgrund dieser Fakten sehen wir eine bessere  
1216 pädagogische Ausbildung als "Schutz", z.B. vor dem Burn Out Syndrom, für jeden Lehrer.

1217

1218 Die Praxisnähe der Lehramtsstudiengänge ist für viele Studierende unzureichend.

1219 Es kann nicht sein, dass sich StudentInnen die pädagogischen und didaktischen Erfah-  
1220 rungen ausschließlich in ihren Praktika aneignen müssen. Praktika sollten dazu da sein  
1221 gelernte Inhalte anzuwenden und auszubauen. Die Kompetenzen als Erzieher und oft





1234 **B-8-14** **SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

1235

1236 Antragsteller: Jusos Köln

1237

1238 **Sozialdemokratische Bildungspolitik beginnt in den Kommunen:**

1239 **Schulbibliotheken fördern - Lernmittelfreiheit einführen!**

1240

1241 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

1242

1243

1244 **Antrag:**

1245 1. Die Ausstattung der Kölner Schulbibliotheken in Grundschulen, sowie in weiter-  
1246 führenden Schulen ist oft ungenügend und nicht attraktiv für die betroffenen Schü-  
1247 lerinnen und Schüler. Gerade vor dem Hintergrund immer weniger lesender Kinder  
1248 in allen Schulformen, ist diese Situation nicht länger akzeptabel. Wir fordern die  
1249 Einrichtung eines Förderprogramms, um Buchbestände bestehender Bibliotheken  
1250 zu modernisieren und gegebenenfalls bei Bedarf einzurichten. Ein Abruf dieser Mit-  
1251 tel soll unkompliziert realisierbar sein, den Aufbau bürokratischer Hürden gilt es zu  
1252 vermeiden.

1253

1254 2. Wir fordern die Stadt dazu auf Konzepte zu entwickeln, um eine engere Zusam-  
1255 menarbeit von Grund- und weiterführenden Schulen mit der Stadt-/ Universitätsbibli-  
1256 othek zu erreichen. In Schulen soll idealer Weise die Möglichkeit bestehen (Fach-)  
1257 Bücher auszuleihen und angeliefert zu bekommen. Wir wollen Schulbibliotheken so  
1258 zu unkomplizierte Außenstellen der Stadtbibliotheken aufwerten.

1259

1260 3. Wir fordern die absolute Lernmittelfreiheit an Kölner Schulen

1261

1262

1263 angenommen

abgelehnt

überwiesen

1264 **B-8-26** **SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

1265

1266 Antragsteller: OV Sülz-Klettenberg

1267

1268 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

1269 *(zur Weiterleitung an die SPD Landtagsfraktion NRW und an die SPD Bundestagsfraktion)*

1270

1271 **Initiative zur Jugendsozialarbeit**

1272

1273 Die SPD Landtagsfraktion NRW wird aufgefordert, dem NRW Landtag folgenden **Entschlie-**  
1274 **Bungsantrag** zur Abstimmung vorzulegen:

1275

1276 **Beschluss:**

1277 1. Die Landesregierung bringt kurzfristig im Bundesrat einen Antrag ein, mit dem die Bun-  
1278 desregierung aufgefordert wird:

1279 1.1 Das Vergabeverfahren bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) für Projekte im Übergang  
1280 Schule – Beruf sowie für Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen mit sog. „ar-  
1281 beitsmarktfernen“ oder langzeitarbeitslosen Menschen – vor allem im Bereich der Ju-  
1282 gendlichen - so zu ändern, dass sich Träger, die ihre Mitarbeiter nach branchenüblichen  
1283 Tarifen bezahlen, wettbewerbsfähig beteiligen können.

1284 Außerdem müssen die Beauftragungszeiten so verlängert werden, dass die Maßnah-  
1285 menträger qualifiziertes Personal binden und ihre Infrastruktur (z.B. Werkstätten) besser  
1286 planen können.

1287 1.2 Die Kürzungen in den Eingliederungstiteln in diesen Bereichen sollen zurückgenommen  
1288 werden. Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgt im Rahmen des jeweiligen Haus-  
1289 haltes der BA.

1290 2. Der UB Köln bittet die Bundestagsfraktion der SPD, diese Ziele auch über die Arbeit im  
1291 Deutschen Bundestag zu unterstützen.

1292 3. Gelingt eine Änderung der „Instrumentenreform“ nicht kurzfristig, soll sie zum Gegen-  
1293 stand des Bundestagswahlprogramms gemacht werden.

1294

1295

1296 **Begründung:**

1297 1. Die im Rahmen von Budgetkürzungen und der sog. „Instrumentenreform“ seitens der Bundes-  
1298 regierung seit 2010 durchgesetzten **drastischen Kürzungen** in den Eingliederungstiteln der  
1299 Jobcenter und der Bundesagentur für Arbeit (BA) treffen nunmehr die Träger von Qualifizie-

- 1300 rungs- und Beschäftigungsmaßnahmen existenzbedrohlich! Dies gilt vor allem für Projekte mit  
1301 „arbeitsmarktfernen“ oder langzeitarbeitslosen Menschen, also Bürgern mit „mehrfachen Ver-  
1302 mittlungshemmnissen“ (Arbeitsgelegenheiten bzw. I-Jobber). So schrumpfen etwa in Köln die  
1303 Integrationstitel des Jobcenter von 2010 bis 2013 auf die Hälfte (von 115 auf ca. 60 Mio.€).  
1304 Die Träger müssen bei Verlust bzw. Reduzierung der Aufträge (BA, Jobcenter) Infrastrukturen  
1305 abbauen (hochqualifizierte Mitarbeiter, Werkstätten, Standorte in benachteiligten Stadträumen);  
1306 dieser Abbauprozess läuft derzeit landes- und bundesweit. Die Kommunen verlieren damit  
1307 wichtige Partner in ihrer Sozialraumarbeit und Jugendsozialarbeit und werden durch „Verschie-  
1308 bung“ von Menschen zwischen Programmen mit Bundes- bzw. kommunaler Finanzierungsver-  
1309 antwortung (von SGB II nach SGB XII) finanziell stark belastet.  
1310
- 1311 2. Die Qualifizierungsmaßnahmen, die BA bzw. Jobcenter (mit)finanzieren, unterliegen einem **Ver-**  
1312 **gabeverfahren**, das mit dem Ziel eingeführt wurde, die Aufgaben effizienter und preisgünstiger  
1313 zu erledigen. Ein Beispiel ist die ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH).  
1314 Das Vergabeverfahren seitens der Bundesanstalt für Arbeit kann gute wie schlechte Erfahrungen  
1315 mit Trägern sowie deren Tarifbindung nur unzulänglich oder gar nicht berücksichtigen.  
1316 Durch das bewusst zur Preisdämpfung genutzte, im Gefolge der Hartz-Reformen eingeführte  
1317 neue Vergabeverfahren verlieren solche Träger ihre Wettbewerbsfähigkeit, die ihre qualifizierten  
1318 Mitarbeiter nach branchenüblichen Tarifen bezahlen.  
1319 Das Beispiel abH zeigt: seit vielen Jahren sinken die Preise (also die Zahlungen der BA),  
1320 während die Lohnkosten, die gut 80% der Gesamtkosten ausmachen, kontinuierlich leicht  
1321 steigen.  
1322
- 1323 3. Die **Arbeitsmarktpolitik von Bund und Ländern** geht grundsätzlich immer noch davon aus,  
1324 dass bei entsprechendem Willen der Betroffenen („Beschäftigungsfähigkeit“) alle Arbeitslo-  
1325 sen/Unterbeschäftigten dem 1. Arbeitsmarkt zuzuführen sind; eine dauerhafte Störung dieses  
1326 Marktmechanismus wird negiert;  
1327 BA und Jobcenter konzentrieren sich bei knapperen Mitteln auf die am ehesten Vermittelbaren  
1328 und reduzieren die übrigen Förderangebote deutlich.  
1329 Es gibt aber eine konstant hohe Zahl von schwer oder nicht Vermittelbaren, deren Mitarbeit  
1330 in Wirtschaft und Gesellschaft volkswirtschaftlich und sozialpolitisch erwünscht und entspre-  
1331 chend gefördert werden muss, auch und gerade in Zeiten heraufziehenden Fachkräftemangels.  
1332  
1333
- 1334 Junge Menschen mit schwierigem sozialen Hintergrund, die nicht in gute Berufsorientierungen  
1335 begleitet bzw. in Integrationsmaßnahmen aufgefangen werden können, führen auf Dauer zu ho-

1336 hen sozialen, finanziellen und letztlich auch politischen Belastungen unserer Gesellschaft. (die  
1337 Fakten sind aus unseren Städten inzwischen gut bekannt).

1338 Außerdem: Sind die über Jahre gewachsenen Strukturen in der freien, ortsansässigen Träger-  
1339 landschaft zerstört, können diese nicht über Nacht neu geschaffen werden.

1340

1341

1342

1343

1344 angenommen abgelehnt überwiesen

1345 **K-1-15 SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

1346

1347 Antragsteller: SPD OV Köln-Südstadt

1348

1349 **Bürgerhäuser stärken – Köln braucht auch in Zukunft seine soziokulturellen**  
1350 **Zentren**

1351

1352 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

1353

1354 Die Bürgerzentren und Bürgerhäuser als Soziokulturelle Zentren haben erst durch  
1355 die „Neue Kulturpolitik“ der SPD in den 1970iger Jahren einen festen Platz in der  
1356 deutschen Gesellschaft erhalten. In Köln wurden sie in den 1980iger Jahren gegen  
1357 den politischen Willen der Konservativen durchgesetzt.

1358

1359 Die Kölner Bürgerhäuser haben in den vergangenen Jahren immer wieder Einspar-  
1360 leistungen erbracht und ihre Einnahmen durch z.B. Steigerung der Raummieten und  
1361 zusätzliche Veranstaltungen erhöht.

1362 Deswegen fordern wir nun: Bürgerhäuser stärken – Köln braucht auch in Zukunft sei-  
1363 ne soziokulturellen Zentren

1364

1365 Die Bürgerhäuser sollen ihre Einnahmen, soweit sozial vertretbar, weiter steigern.

1366 Es ist zu bedenken, dass die Bürgerhäuser eine wichtige kulturelle und jugendför-  
1367 dernde Funktion haben, ohne bisher aus diesen Haushalten mit Mitteln bedacht zu  
1368 werden.

1369 Ihre immer wichtigere Funktion für die Jugendhilfe, auch im Bereich von U 3 und Ü 3,  
1370 kann in ausgewählten Häusern sicher noch weiter ausgebaut werden.

1371

1372

1373

1374 **Begründung:**

1375 Die KölnSPD fordert in ihrem Wahlprogramm 2009 – 2014 die Stärkung der Sozial-  
1376 räume, insbesondere öffentlicher Veranstaltungsräume wie z.B. Bürgerzentren und  
1377 Bürgerhäuser.

1378 Die Bürgerzentren/Bürgerhäuser tragen wesentlich zum sozialen Zusammenhalt der  
1379 Veedel bei und haben insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen gesell-  
1380 schaftliche Teilhabe gefördert. Mit ihrer Mischung aus Kunst-, Kultur, Bildungs- und  
1381 Beratungsangeboten sind diese soziokulturellen Zentren Orte der Begegnung und  
1382 des Austausches zwischen Menschen aller Altersklassen, aller sozialen und kulturel-  
1383 len Schichten und oft auch Keimzelle von neuen, innovativen Kunst- und Kulturfor-  
1384 men. Getragen wird dieses Angebot von einem hohen Anteil ehrenamtlichen Enga-  
1385 gements, finanziert zu einem beträchtlichen Teil aus selbst erwirtschafteten Mitteln.

1386

1387 Was ein Wegfall von Bürgerhäusern bedeutet, sei hier am Beispiel des Bürgerhaus  
1388 Stollwerck dargestellt:

1389

1390 171.000 Besucherinnen und Besucher, genauso viele Besucher hat die Oper, des  
1391 Bürgerhauses nutzen in der Südstadt diese Einrichtung mit ihren sozialen, pädagogi-  
1392 schen, kulturellen und gemeinwesenorientiert wirkenden Angeboten und Leistungen.  
1393 Das Bürgerhaus ist als Kommunikations- und Begegnungsstätte für die Lebensquali-  
1394 tät der Südstadt unersetzlich.

1395

1396 Seine Schließung würde bedeuten den

1397

- 1398 • Wegfall von einer Vielzahl pädagogischer Angebotsstunden: pro Jahr 1.100  
1399 Offene Angebotsstunden für Kinder und Jugendliche mit 7.500 Teilnehmern,  
1400 1.200 Kursstunden für Kinder, Jugendliche und Senioren mit 4.000 Teilneh-  
1401 mern, 660 Projektstunden für Kinder, Jugendliche und Senioren mit 2.200  
1402 Teilnehmern, 1.500 Angebotsstunden innerhalb der Ganztagsbetreuung für  
1403 70 Kinder täglich.

1404

- 1405 • Wegfall von 150 Veranstaltungen im Theater 509 und 60 Veranstaltungen im  
1406 Großen Saal
- 1407 • Wegfall von 3.800 Raumvergaben und 6.500 Dauervergaben an überwiegend  
1408 soziale Organisationen und Vereine.
- 1409 • Wegfall von Auftrittsmöglichkeiten für über 400 Künstlerinnen und Künstler.
- 1410 • Wegfall von 20 Ausstellungen für bildende Künstlerinnen und Künstler.
- 1411 • Entfall von Produktion und Auftritt der Immi-Sitzung (für bis zu 4.500 Besu-  
1412 cher) und des Kindertheaters Monteure (für bis zu 2.500 Kinder und Jugendli-  
1413 che); Vertragsbindungen bis 2014.
- 1414 • Wegfall der Bereitstellung von Räumlichkeiten für Bürgerinnen und Bürger  
1415 einschließlich Feier- und Partyräumen.
- 1416 • Wegfall von 10 Ateliers (Mieter sind 10 bildende Künstler; Vertragsbindungen  
1417 bis 2015).
- 1418 • Wegfall von 10 Musikproberäumen (Mieter sind ca. 150-200 Musiker; Ver-  
1419 tragsbindungen bis 2014/2015).
- 1420 • Existenzentzug für ca. 50 Künstlerinnen und Künstler.
- 1421 • Wegfall von 9 hauptamtlichen Kräften, 15 geringfügig Beschäftigten, 19 freien  
1422 Mitarbeitern, 23 Beiräten, 45 Fördermitgliedern, 20 ehrenamtlichen  
1423 Mitarbeitern, 3 Stellen im Bundesfreiwilligendienst, 4 Wachleuten, 1  
1424 Werkstattarbeitsplatz der Caritas im Pfortenbereich, 3 Arbeitsplätzen für 1  
1425 EUR-Jobber.
- 1426 • Wegfall von zahlreichen Kooperationen: Theater Thohuwabohu, Theater Mon-  
1427 teure, MuKaTaThe, Lespwa e.V., DRK, AWO, Seniorennetzwerk, Seniorenver-  
1428 tretung, Bagso, Gesundheitsamt, Jugendfilmclub, Kuratorium Deutsche Al-  
1429 tershilfe, Kulturliste e.V., Kita Zuggasse, Kita Karl-Korn-Straße, Kita St. Josef,  
1430 GGS Zwirnerstraße, Theo-Burauen-Realschule, Senioren Online, Deutsche  
1431 Sporthochschule, Wohn Mobil, Comedia Colonia, Generation Akademie  
1432 Rheinland, Chorverband NRW, Tanzschule van Hasselt, Kölner Seniorengen-  
1433 meinschaft, Kamera Allee, Maternus Buchhandlung, Kölner Freiwilligen Agen-  
1434 tur, Südstadtkonferenz, IG Severinsstraße, Stiftung Familiengarten, Caritas  
1435 Verband Rheinland, Füngeling Router, Zentrum für Bildung, Kultur und Integ-





1448 **K-2-16 SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

1449

1450 Antragsteller: SPD OV Ehrenfeld

1451

1452 **Resolution zum Stadthaushalt 2013/2014**

1453 **Für eine gerechte und solidarische Gesellschaft in Köln**

1454

1455 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

1456

1457 Das Kommunalwahlprogramm 2009 – 2014 fordert in seiner Präambel die gerechte  
1458 und solidarische Gesellschaft in Köln. Diese Forderung gilt heute gerade für den  
1459 Stadthaushalt 2013/2014 und deswegen muss sich der Haushalt an diesen Forde-  
1460 rungen messen lassen. Der Entwurf des Stadtvorstandes erfüllt das in keinerlei Hin-  
1461 sicht.

1462 Der Entwurf des Stadtvorstandes lässt kein strategisches Ziel erkennen, sondern ist  
1463 eine Ansammlung von zufälligen oder willkürlichen Kürzungsvorschlägen.

1464

1465 Die KölnSPD steht zu ihren politischen Beschlüssen des Kommunalwahlprogrammes  
1466 2009-2014:

1467

1468 **Wohnungsbau**

1469 „Für die KölnSPD ist die aktive Wohnungspolitik“ eins der wichtigsten politischen An-  
1470 liegen. Die zunehmende Wohnungsnot – einhergehend mit Mietsteigerungen – bei  
1471 steigender Einwohnerzahl führen zunehmend zu sozialen Schieflagen in der Stadt.  
1472 Die sozialen Konflikte in den Großwohnkomplexen (wie Chorweiler, Finkenberg und  
1473 Kölnberg) nehmen zu.

1474

1475 Deswegen fordern wir: **Keine finanzielle Kürzungen für den Wohnungsbau. Die**  
1476 **Mieten müssen bezahlbar bleiben!**

1477

1478

**1479 Starke Sozialräume**

1480 Die KölnSPD fordert in ihrem Wahlprogramm die Stärkung der Sozialräume, insbe-  
1481 sondere öffentliche Veranstaltungsräume wie z.B. die Bürgerzentren/Bürgerhäuser.  
1482 Die Bürgerzentren/Bürgerhäuser wurden in den 80iger Jahren gegen den politischen  
1483 Willen der Konservativen durchgesetzt.

1484 Die Bürgerzentren/Bürgerhäuser tragen wesentlich zum sozialen Zusammenhalt der  
1485 Veedel bei und haben insbesondere Menschen mit geringem Einkommen gesell-  
1486 schaftliche Teilhabe gefördert.

1487 Deswegen fordern wir: **Keine finanziellen Kürzungen für die Bürgerzen-  
1488 tren/Bürgerhäuser!**

1489

1490

1491

**1492 Die Stadtgesellschaft: Gesund – Gerecht – Solidarisch**

1493 Die soziale Schere in Köln geht weiter auseinander. „Die Reichen werden reicher -  
1494 die Armen werden ärmer.“ Deshalb ist eine Sozial- und Jugendpolitik, die den Zu-  
1495 sammenhalt der Kölner Gesellschaft fördert, von großer Bedeutung für die KölnSPD.

1496

1497 Abbau und Einschränkungen der Förderung von Hilfsangeboten würden den Prozess  
1498 des Auseinanderdriftens der Kölner Gesellschaft verstärken.

1499 Deswegen fordern wir: **Keine finanziellen Kürzungen im Sozial- und Jugendhilfe-  
1500 haushalt in den sogenannten freiwilligen Aufgaben.**

1501

1502

1503

1504

1505



1515 **K-3-17**      **SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

1516 Antragsteller: Jusos Köln

1517

1518 **Gebührenfreier Zugang zur Stadtbibliothek für erwachsene Köln-Pass Inhaber**

1519

1520 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

1521

1522 **Antrag:**

1523 Wir fordern, dass alle erwachsenen Köln-Pass Inhaber kostenfreien Zugang zu der  
1524 Kölner Stadtbibliothek erhalten. Die bisherigen jährlichen und halbjährlichen Nut-  
1525 zungsgebühren von 13 Euro beziehungsweise 7 Euro sollen entfallen.

1526

1527 **Begründung:**

1528 Der freie Zugang zu Literatur ist eine unabdingbare Voraussetzung zur individuellen  
1529 kulturellen Entfaltung und sollte für alle Bevölkerungsgruppen so einfach wie mög-  
1530 lich gestaltet werden. In finanziell benachteiligten Haushalten kann jedoch selbst die  
1531 ermäßigte Gebühr der Kölner Stadtbibliothek eine abschreckende Wirkung auf die  
1532 Nutzung darstellen. Im Zuge der Senkung der Studiengebühren sollte deshalb auch  
1533 den Menschen in besonders finanziell schwierigen Situationen der Zugang zu Litera-  
1534 tur und audiovisuellen Medien vereinfacht werden.

1535

1536

1537

1538 Angenommen

abgelehnt

überwiesen

1539 **K-4 -18 SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

1540 Antragsteller: Jusos Köln

1541

1542 **Geschlechtergerechtigkeit in der Kölner Stadtverwaltung**

1543

1544 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

1545

1546 **Antrag:**

1547 Eines der wichtigsten gesellschaftlichen Ziele ist den Sozialdemokrat\*innen immer  
1548 die Gleichstellung zwischen Mann und Frau gewesen. Schon August Bebel machte  
1549 dies 1879 durch sein Buch mit dem Titel "Die Frau und der Sozialismus" deutlich Da-  
1550 rin forderte er die berufliche und politische Gleichberechtigung zwischen Frauen und  
1551 Männern. Doch bis heute ist diese Gleichstellung so nicht erreicht. Dies zeigen  
1552 schon die beruflichen Realitäten, dort gibt es immer noch eine Einkommenslücke  
1553 zwischen den Geschlechtern (Gender Pay Gap), und auch die Vereinbarkeiten zwi-  
1554 schen Familie und Beruf ist weder für Frauen noch für Männer gewährleistet. Da sol-  
1555 che Regelungen wie Bezahlung und Teilzeitbeschäftigung gerade ein Gradmesser für  
1556 die Gleichstellung der Geschlechter ist, müssen wir Sozialdemokrat\*innen daran et-  
1557 was tun. Dabei können wir direkt vor unserer eigenen Haustür anfangen, in der Köl-  
1558 ner Stadtverwaltung.

1559

1560 Daher fordern wir:

1561

- 1562 • Eine komplette Neueingruppierung der verschiedenen Tätigkeiten innerhalb  
1563 der Entgeltgruppen. Zur Analyse soll das Instrumente "eg-check" genutzt wer-  
1564 den.
- 1565
- 1566 • Die konsequente Quotierung in allen Entgeltgruppen muss endlich ernsthaft  
1567 durchgesetzt werden. Deshalb stehen wir für eine Pflicht zur öffentliche Re-  
1568 chenschaft bei Nichterfüllung (Beispielsweise in Form einer Pressekonferenz  
1569 oder Bürger\*innenforum).
- 1570
- 1571 • Die SPD Köln setzt sich dafür ein, dass das Landesgleichstellungsgesetz so  
1572 geändert wird, dass die Quotierungen auch tatsächlich erreicht werden.

1573

- Eine Veränderung der Teilzeitbeschäftigungsregeln der Stadt Köln: Einerseits muss es möglich sein, dass ein Mensch nach Reduzierung seiner Arbeitszeit (aus welchen Gründen auch immer) ein Recht auf Aufstockung zur alten Stundenzahl hat. Andererseits müssen auch für höhere Beamt\*innen und Angestellte die Möglichkeit bestehen eine Teilzeitstelle auch tatsächlich auszuüben.

1579

1580

1581

1582

**1583 Begründung:**

1584 Der durchschnittliche Verdienstabstand innerhalb der Berufsgruppen der Kölner  
1585 Stadtverwaltung zwischen Männern und Frauen beträgt pro Stunde ca. 9,85% oder  
1586 0,96 Euro.<sup>1</sup> Wenn wir diesen Verdienstabstand hochrechnen ergibt das einen Un-  
1587 terschied von 10.594 Euro Brutto und 9.072 Euro Netto. Diesen Verdienstabstand  
1588 heißt "Gender Pay Gap" und ist einer der Indikatoren wie weit Gleichstellung inner-  
1589 halb der Entlohnung von Arbeit schon ist. Deutschland weit liegt der Verdienstab-  
1590 stand bei 23%, im öffentlichen Dienst bei 7% . Das heißt Köln liegt mit 9,75% deut-  
1591 lich über dem bundesweiten Durchschnitt. Der Gender Pay Gap hat verschiedene  
1592 Ursachen. Einerseits die Lohneingruppierungen von Berufen, d.h. der Lohn den Ar-  
1593 beitnehmer\*innen für ihre Arbeit erhalten. Dabei darf es nicht sein, dass "typische  
1594 Frauenberufe", d.h. Berufsgruppen die überwiegend mit Frauen besetzt sind, wie  
1595 etwa "Hauswirtschaftliche Unterstützungskraft" deutlich schlechter eingruppiert sind  
1596 wie etwa "typische Männerberufe" mit ähnlichen Anforderungen (Vergleich dazu  
1597 Hilfspfleger EG 4 und Hauswirtschaftliche Hilfskraft EG1: entspricht einem ungefäh-  
1598 ren Bruttolohnunterschied von ca. 400 Euro<sup>2</sup>).

1599

1600

1601

1602

1603

1604

1605 Siehe dazu:

Traditionelle Frauenberufe sind per Tarifvertrag schlechter bewertet als traditionelle Männerberufe.	Erzieherin Betriebssekretärin Arzthelferin Fotolaborantin Pädagogische Mitarbeiterin Reinigungsfrau Hauswirtschaftliche Unterstützungskraft	S 6–S 8* (vgl. EG 8) EG 3–EG 5* EG 3–EG 5* EG 3 EG 3 EG 2 EG 1 <small>* Die Stellenbewertungen bei der Stadt Köln differieren im Einzelfall.</small>
	Hilfsgärtner Hallenwart Bestattungsgehilfe Desinfektor Kraftwagenfahrer Schulhausmeister	EG 4 EG 4 EG 4 EG 5 EG 5*–EG 6 EG 2*–EG 6 <small>* Die Stellenbewertungen bei der Stadt Köln differieren im Einzelfall.</small>

Beispiele für die Zuordnung traditioneller Frauen- und Männerberufe bis A9 m.D. + AZ bzw. EG 8



1606

1607 Diese Eingruppierung müssen daher überarbeitet werden und auf Geschlechtergerechtigkeit  
 1608 überprüft werden. Dafür zuständig ist die Tarifgemeinschaft deutscher  
 1609 Länder, sowie die Bundesländer, deshalb müssen wir uns im Land und Partei dafür  
 1610 stark machen, dass die TDL die Eingruppierungen überarbeitet. Es ist schon klar,  
 1611 dass dieses die Ungerechtigkeit nicht von heute auf morgen beendet, aber wenn wir  
 1612 innerhalb der nächsten 50 Jahre in diesem Bereich Geschlechtergerechtigkeit haben  
 1613 wollen, müssen wir irgendwann anfangen.

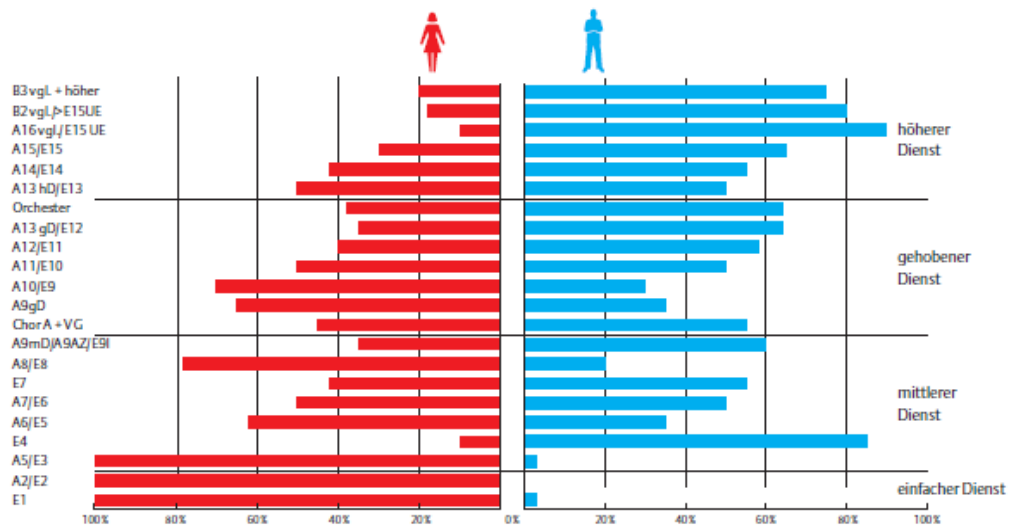
1614 Die Eingruppierung ist nur eines der Probleme, weshalb der durchschnittliche Ver-  
 1615 dienstabstand in Köln so groß ist. Ein weiteres ist die Stellenbesetzung: Die Stadt  
 1616 Köln hat einen Gesamtpersonalbestand von 17.499 Mitarbeiter\*innen, davon 10.958  
 1617 Frauen (63%) und 6.541 Männer (37%)<sup>4</sup>, allerdings sind gerade in den höheren  
 1618 Einkommensebenen vor allem Männer angesiedelt. Die gesetzliche Soll-Quote von  
 1619 50% ist fast nirgendwo erfüllt, wie die untenstehende Grafik zeigt. Insgesamt gibt es  
 1620 nur 44% Frauen im höheren Dienst. Dieses zeigt schon, dass eine weiche Quote,  
 1621 also eine Soll-Quote, anscheinend ein ungeeignetes Mittel ist. Die verpflichtende  
 1622 Quote dagegen wäre ein Mittel, um sicher zu stellen, dass Frauen in allen Gehalts-  
 1623 stufen mit mindesten 50% vertreten sind. Das die Quote nur der Anfang der Frauen-  
 1624 förderung sein kann und nicht der Abschluss ist dabei selbstverständlich. Allerdings



1625 würde dieses den Druck erhöhen auch wirklich Frauen als Nachfolgerinnen in hohen  
 1626 Positionen auszubilden und dann mit ihnen zu besetzen. Da eine gesetzliche Rege-  
 1627 lung unglaublich langwierig und schwierig werden kann, fordern wir eine freiwillig  
 1628 auferlegte harte Quote, die Stadt Köln einrichtet.

1629

Prozentuale Verteilung der Geschlechter auf den Einkommensebenen



1630

1631 Ein weiteres Problem ist die Teilzeitregelungen. Teilzeitregelungen, das heißt die  
 1632 Reduzierung der Stundenanzahl bei geringerem Gehalt, ist nicht auf allen Stellen  
 1633 möglich, d.h. Frauen und Männer, die sich eine Familie wünschen und dafür eine  
 1634 Teilzeitbeschäftigung eingehen wollen, stehen vor der Wahl Karriere oder Familie.  
 1635 Dieses ist nicht im Sinne der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ziel sollte es sein,  
 1636 dass jeder Mensch Zeit für Familie/ Pflege/Haushalt/ usw. haben soll, deswegen  
 1637 sollte überall eine Reduzierung möglich sein.

1638

1639 Gerade in Führungspositionen ist dieses aber so gut wie nie möglich<sup>7</sup>, dieses  
 1640 schreckt viele Frauen ab.

1641 Ferner ist es häufig schwierig nach einer Reduzierung wieder zurück auf die ur-  
 1642 sprüngliche Stundenzahl zu gelangen. Dieses ist nicht bei jedem Arbeitsplatz mög-  
 1643 lich. Dieses trägt aber häufig zum Gender Pay Gap bei, da meistens Frauen ihre  
 1644 Stundenzahl wegen Schwangerschaft und Kindern reduzieren und danach nicht  
 1645 wieder auf ihr altes Gehalt gelangen.<sup>8</sup> Daher muss die Stadt Köln die Möglichkeit  
 1646 zur Rückkehr auf das alte Stunden- und damit Gehaltniveau ermöglichen.

1647 Wie Dr. Elke Holst, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V., schrieb "Es gibt  
 1648 genug Frauen für jede Position." Aber wir müssen die Rahmenbedingungen schaf-  
 1649 fen dieses zu ermöglichen.

1650

1651

1652

1653 angenommen abgelehnt überwiesen

1654

1655

1656

1657

1658

1659

1660

---

1661 <sup>1</sup> *Amt für Gleichstellung von Frauen und Männer. "4. Frauenförderplan 2011-*  
 1662 *2013". Köln. März 2012. Seite 21*

---

1663 <sup>2</sup> *<http://www.oeffentlichen-dienst.de/entgelttabelle.html#4> Entgelttabelle des*  
 1664 *TVöD. (Stand 30.09.2012, 19:37)*

1665 <sup>3</sup> *Frauenförderplan. Seite 22*

1666 <sup>4</sup> *Ebenda Seite 8*

---

1667 <sup>5</sup> *Ebenda Seite 8*

1668 <sup>6</sup> *Diese Grafik zeigt deutlich den hohen Anteil von Frauen in unteren und nied-*  
 1669 *rige entlohnnten Stellen und den geringen Anteil in Führungs-*  
 1670 *positionen oder in sogenannten Sprungbrettpositionen.*

1671 <sup>7</sup> *Frauenförderplan Seite 16/17/18*

1672 <sup>8</sup> *Ebenda Seite 23.*

1673

1674

1675

1676

1677 **K-5 -19 SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

1678

1679 Antragsteller: Jusos Köln

1680

1681 **Erhalt des sozialen Grüngürtels: Kein Grillverbot auf öffentlichen Grünflächen**  
1682 **und Verbesserung der Müllentsorgung**

1683

1684 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

1685

1686 **Beschluss:**

1687 Wir lehnen ein Grillverbot auf den öffentlichen Grünflächen der Stadt Köln vehement  
1688 ab. Wir fordern bessere Möglichkeiten der Müllentsorgung an den betreffenden Orten  
1689 zur Eindämmung des Müllproblems.

1690

1691 **Begründung:**

1692 In einer neuerlichen Äußerung wiederholte die Vorsitzende des Kölner Umweltaus-  
1693 schusses

1694 Sabine Müller (Grüne) ihre Forderung nach einem Grillverbot auf den öffentlichen  
1695 Grünflächen der Stadt Köln.

1696

1697 Gegen diesen Vorschlag stellen wir uns vehement. Die öffentlichen Grünanlagen  
1698 sind für die Bewohnerinnen und Bewohner der Kölner Innenstadt meist der einzige  
1699 Ort zur Naherholung. Die überwiegende Zahl besitzt keinen eigenen Garten, sei es  
1700 aus Platzgründen oder aufgrund der beschränkten finanziellen Möglichkeiten der  
1701 meist jungen Menschen in den Parks.

1702 Auch für diese Menschen muss es eine Möglichkeit geben abends und / oder am  
1703 Wochenende einen Platz zum Grillen zu haben. Gerade öffentliche Naherholungsge-  
1704 biete, wie der Aachener Weiher, der Volksgarten und ähnliche müssen solche sozia-  
1705 len Komponenten, zum Beispiel das gemeinsame Beisammensitzen bei Grillgut un-  
1706 ter Freunden ermöglichen und fördern. Nur so kann Köln seinem Ruf als soziale, to-  
1707 lerante und lebendige Stadt verteidigen. Dem Begehren des Umweltausschusses ist  
1708 somit vollumfänglich entgegen zu treten.

1709

1710 Wir erkennen allerdings auch die (ökologische wie finanzielle) Problematik, die sich

1711 aus derartiger Benutzung der Parks und Grünflächen ergibt. Unser Gegenvorschlag  
1712 wäre daher ein Ausbau der teilweise kaum noch vorhandenen Müllstationen an den  
1713 Grünflächen, auch abseits der Wege, um dem Müllproblem Herr zu werden. Eine  
1714 zugehörige Beleuchtung würde zusätzlich das „Verstecken“ von Müll eindämmen  
1715 und die öffentliche Sicherheit an diesen Orten stärken.

1716

1717

1718

1719 angenommen

abgelehnt

überwiesen

1720 **So-1-20 SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

1721

1722 Antragsteller: SPD OV Ehrenfeld

1723 *Weiterleitung an NRWSPD Landesvorstand und Landtagsfraktion*

1724

1725 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

1726

1727 **Keine Schuldenbremse**

1728

1729 **Für ein menschenwürdiges NRW - die soziale Zerstörung beenden, keine**  
1730 **öffentlichen Kürzungen und keine Schuldenbremse!**

1731

1732 Seit Jahren werden in Deutschland – einem der reichsten Länder der Welt – völlig  
1733 unnötig öffentliche Ausgaben gekürzt. Das hat schweren Schaden angerichtet: Es  
1734 gibt unzumutbare Mieten, erheblichen Wohnungsmangel, verschärfte soziale  
1735 Segregation und Obdachlosigkeit in den Städten; Bildung und Wissenschaft finden  
1736 mit erheblich zu wenig und prekär beschäftigten Personal und Ressourcen statt und  
1737 werden in die finanzielle Abhängigkeit von privatwirtschaftlichen und dem  
1738 Allgemeinwohl abträglichen Interessen gedrängt; Museen und Schwimmbäder  
1739 werden geschlossen; durch die Privatisierung von oder Kürzungen in  
1740 Gesundheitseinrichtungen werden die Beschäftigten krank und die Patienten nicht  
1741 gesund.

1742

1743 In Vorwegnahme der „Schuldenbremse“ soll in NRW schon in diesem Jahr in allen  
1744 sozialen Bereichen weiter gekürzt werden – dabei wurden schon jetzt 144  
1745 Kommunen, das heißt mehr als jede dritte in NRW, unter einen „Nothaushalt“ gestellt.  
1746 Weitere Kürzungen sind – trotz eklatanter Wohnungsnot und steigender Mieten – im  
1747 sozialen Wohnungsbau vorgesehen, Lehrer-Stellen sollen wegfallen und die  
1748 Betreuungsrelation in den Kitas weiter verschlechtert werden. Geplant sind  
1749 öffentliche Minderausgaben – sprich Kürzungen – im NRW-Haushalt von 120  
1750 Millionen Euro und insgesamt 750 Millionen Kürzungen verteilt über alle öffentlichen  
1751 Haushalte in NRW. Beispielsweise wurden in Köln im November 2012 der neue

1752 Haushalt vorgestellt, in dem neben vielen weiteren folgende Kürzungen durchgesetzt  
1753 werden sollen: Wegfallen sollen etwa die Einschulungshilfe und verbilligtes  
1754 Mittagessen für SchülerInnen aus armen Familien. Trotz maroder Brücken, welche  
1755 für LKWs gesperrt wurden, wird die Straßenunterhaltung um 810 000 Euro gekürzt.  
1756 Mehrere Millionen sollen durch Standardabsenkung beim Neubau von Schulen und  
1757 Kitas gespart werden. Zudem wird bei der interkulturellen Arbeit, der Seniorenarbeit  
1758 sowie den Bürgerzentren gestrichen. Diesen Kürzungen stehen in NRW mindestens  
1759 2,5 Milliarden öffentliche Gelder gegenüber, die bis 2016 für die Portigon AG, also die  
1760 ehemalige WEST LB, an Ausgaben vorgesehen sind.

1761

1762 Die sogenannte „Schuldenbremse“ soll als Legitimation dieser anti-sozialen Politik  
1763 dienen, politisch gewollte Sachzwänge schaffen und ist daher abzulehnen. Sie  
1764 bedeutet in der Konsequenz nichts anderes als die Festschreibung von öffentlicher  
1765 Kürzungspolitik und ist damit ein Angriff auf Demokratie und Sozialstaatlichkeit.

1766

1767 Denn in den öffentlichen Einrichtungen für Soziales, Bildung, Kultur und Gesundheit  
1768 darf es keine weiteren Verschlechterungen geben als Grundlage dafür, dass in  
1769 diesen Einrichtungen alle für die künftige menschenwürdige Entwicklung und  
1770 Erweiterung dieser Einrichtungen solidarisch wirken können: Von der Kita über  
1771 Schule und Universität bis zur Weiterbildung ist gebührenfreie Bildung  
1772 Mindestvoraussetzung für die Entwicklung mündiger Menschen und eines kritischen  
1773 Verständnisses der Welt. Museen, Theater, Bibliotheken, Jugend- und Stadtteilkultur  
1774 sind Grundnahrungsmittel einer lebendigen Demokratie. Hier wird der kulturelle  
1775 Reichtum der Menschheit öffentlich zugänglich gemacht, reflektiert, weiterentwickelt  
1776 und neu geschaffen. Für eine menschengerechte Gesundheitsförderung müssen die  
1777 Krankenhäuser ausreichend finanziert werden, in öffentlicher Hand bleiben oder  
1778 wieder in öffentliche Hand gebracht werden. Kostengünstiger Nahverkehr, die  
1779 Wasser- und Energieversorgung in öffentlicher Hand, die Pflege der öffentlichen  
1780 Infrastruktur, bezahlbarer Wohnraum und flächendeckend ausreichende  
1781 Sozialwohnungen gehören zum Recht auf Stadt. All dies sind öffentliche Aufgaben,  
1782 die auch ausreichend öffentlich finanziert werden müssen.

1783

1784 Die SPD Ehrenfeld spricht sich daher dafür aus, dass die öffentlichen Etats der  
1785 Einrichtungen für Soziales, Bildung, Kultur und Gesundheit in NRW mindestens stabil

1786 gehalten werden, einschließlich des vollständigen Ausgleichs von Tarifsteigerungen  
1787 und Inflation. Eine Schuldenbremse in der NRW Verfassung darf daher nicht  
1788 eingeführt werden: Die Verwirklichung von Menschenwürde, Gesundheit, sinnvoller  
1789 Arbeit und Sozialstaatlichkeit als unbedingte Menschenrechte sind Schlussfolgerung  
1790 aus der deutschen Geschichte und Voraussetzungen für eine friedliche und  
1791 demokratische Entwicklung. In einem der reichsten Länder der Welt könnten diese  
1792 längst realisiert werden.

1793

1794 Die SPD Ehrenfeld spricht sich daher gegen den Versuch aus, mit der  
1795 Schuldenbremse diese sozialen Rechte zu Kostenfaktoren zu degradieren und damit  
1796 auszuhebeln. Wer kürzt, spart nicht für die Zukunft. Das Gegenteil ist richtig: Je mehr  
1797 Kultur, Bildung und Soziales realisiert werden, desto kulturell, sozial und materiell  
1798 reicher die Gesellschaft, heute und in Zukunft.

1799 Die SPD Ehrenfeld beschließt daher: Für ein menschenwürdiges NRW - keine  
1800 Kürzungen und keine Schuldenbremse!

1801

1802

1803 angenommen abgelehnt überwiesen

1804 **So-2-21 SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

1805

1806 Antragssteller: OV-Ehrenfeld

1807

1808 **Berlin-Bonn-Vertrag**

1809

1810 **Bonn soll weiterhin Sitz von Ministerien bleiben**

1811

1812 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

1813

1814 Der Parteivorstand wird aufgefordert klarzustellen, dass es keine neue Haltung der  
1815 SPD zur Hauptstadtfrage gibt. Ohne parteiinterne Diskussion und Abstimmung darf  
1816 es keine Positionierung der Partei für einen Umzug aller Ministerien nach Berlin ge-  
1817 ben.

1818

1819 **Begründung**

1820 Der Verbleib von einigen Ministerien in Bonn war Grundlage der Hauptstadtregelung.  
1821 Es gibt keine neuen Gesichtspunkte, die eine Änderung dieses Kompromisses not-  
1822 wendig machen. Es hat sich gezeigt, dass mit Hilfe der bestehenden Kommunikati-  
1823 onstechnik und Verkehrsverbindung notwendige Abstimmungen zwischen den Mini-  
1824 sterien und der Regierung auch bei zwei Regierungssitzen möglich ist. Bei einem  
1825 Umzug aller Ministerien nach Berlin entstehen erhebliche Mehrkosten, erheblicher  
1826 Zeitaufwand und persönliche Nachteile für im Rheinland beheimatete Mitarbeitende  
1827 der Ministerien. Zu Ministeriumskontakten müssten Besucher/innen aus dem bevöl-  
1828 kerungsreichen und dichten Westen Deutschlands nach Berlin reisen. Diese Zusatz-  
1829 belastungen sind nicht zu rechtfertigen.

1830

1831 Mehr Zentralismus führt nicht zu höherer Effektivität. Durch eine Bündelung aller Mi-  
1832 nisterien in Berlin würden vielleicht einige behördeninterne Abstimmungen erleichtert.  
1833 Gutes Regierungshandeln ergibt sich allerdings nicht allein aus ministeriumsinternen



1834 Effizienz. Vielmehr ist es wichtig, die Lebenswirklichkeit aller Regionen in den Mini-  
1835 sterien abzubilden.

1836

1837

1838

1839 Angenommen abgelehnt überwiesen

1840 **So-3-22 SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

1841

1842 Antragsteller: Jusos Köln

1843

1844 ***Eine starke Rentenversicherung für alle:***

1845 ***Für die solidarische Erwerbstätigenversicherung!***

1846 *Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der NRW SPD*

1847

1848 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

1849

1850 **Antrag:**

1851 **I. Eine stabile gesetzliche Rentenversicherung im 21. Jahrhundert**

1852 Der Wunsch nach einem vorsorgenden Sozialstaat ist tief im Bewusstsein der Deut-  
1853 schen verankert: Seit Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung (1883), Un-  
1854 fallversicherung (1884) und Rentenversicherung (1889) wurden die sozialen Siche-  
1855 rungssysteme in Deutschland stetig verändert, ausgebaut, ergänzt und durch unter-  
1856 schiedliche Gesellschaftsvorstellungen in verschiedenen Herrschaftsformen geprägt.  
1857 Die Fragen nach sozialer Gerechtigkeit und sozialer Absicherung sind elementare  
1858 Bestandteile unserer Wertevorstellungen und untrennbar mit den Erwartungen der  
1859 Bürger\*innen an die Politik verbunden. Während sich im anglo-amerikanischen  
1860 Raum das Prinzip der primär eigenverantwortlichen Wohlstandssicherung durchge-  
1861 setzt hat, ist die soziale Absicherung nach kontinentaleuropäischem und sozialde-  
1862 mokratischem Verständnis eine Aufgabe, die in erster Linie dem Staat zufällt.

1863

1864 Der grundlegende Wandel der Demographie und Erwerbsbiographien in der Bundes-  
1865 republik Deutschland hat seit Mitte der 1990er-Jahre Zweifel aufkommen lassen, ob  
1866 der Sozialstaat diese Aufgabe auch künftig noch bewältigen kann. Besonders im  
1867 Hinblick auf die gesetzliche Rentenversicherung findet diesbezüglich eine kontrover-  
1868 se politische Diskussion statt. Nicht zuletzt in Anbetracht der enormen Staatsver-  
1869 schuldung sind die Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung in den letz-

1870 ten Jahren stark unter die Gesichtspunkte der Finanzierbarkeit und Beitragsstabilität  
1871 gerückt. Dies spiegelte sich auch wesentlich im Altersvermögensgesetz aus dem  
1872 Jahr 2001 wieder.

1873

1874 Die Bedeutung privater und betrieblicher Altersvorsorge soll nach dem Willen des  
1875 Gesetzgebers gegenüber der staatlichen Rente zunehmen. Dies geschieht durch  
1876 staatliche Förderung auf zwei Wegen: Zum einen die direkte Bezuschussung privater  
1877 Vorsorge („Riester“ / „Rürup“) als auch durch steuerliche Anreize (betriebliche Alters-  
1878 vorsorge). Viele Menschen - besonders in der jüngeren Generation - hegen große  
1879 Zweifel daran, ob sie nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben eine angemessene  
1880 Altersrente erhalten werden. Die Zunahme der Zahl von Grundsicherungsbeziehern  
1881 gibt diesen Ängsten ebenso weiteren Auftrieb wie die anhaltende Diskussion  
1882 über die im Jahr 2007 beschlossene Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre.  
1883

1884

1885 Es ist daher unumgänglich, dass die Reformierung des Rentensystems weiter voran-  
1886 getrieben wird, zumal die Orientierung am so genannten „Eckrentner“ mit 45 Bei-  
1887 tragsjahren nicht mehr den realen Gegebenheiten entspricht. Das Prinzip der solidari-  
1888 schen bzw. paritätischen Beitragszahlung darf nicht aufgegeben werden, gleichwohl  
1889 muss die gesetzliche Rentenversicherung auf eine breitere Finanzierungsbasis ge-  
1890 stellt und der Kreis der versicherungspflichtigen Personen vergrößert werden. Die  
1891 Förderung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge bleibt zwingend erforderlich,  
1892 um die durch den gravierenden Wandel unserer Gesellschaft und Arbeitswelt hervor-  
1893 gerufenen Herausforderungen meistern zu können.

1894

## 1895 **II. Versicherungspflichtiger Personenkreis**

1896 Betrachtet man den Kreis der gesetzlich Versicherten, zeigt sich deutlich, dass das  
1897 derzeitige Rentensystem noch stark durch das Klassendenken des späten 19. bzw.  
1898 frühen 20. Jahrhunderts geprägt ist: Erst seit wenigen Jahren wird nicht mehr zwi-  
1899 schen der Arbeiter\*innen- und der Angestelltenversicherung unterschieden. Insbe-  
1900 sondere die „bürgerlichen“ Berufsstände unterhalten noch immer viele eigene Siche-  
1901 rungssysteme. Im Sinne einer modernen und solidarischen Rentenversicherung ist

1902 dies zu ändern. Deshalb sollen künftig alle Berufsgruppen in die gesetzliche Renten-  
1903 versicherung aufgenommen werden.

1904

1905

1906 1) Beamt\*innen und Soldat\*innen

1907

1908 Die Staatsdiener\*innen sind in einem gesonderten System versichert. Die Pensions-  
1909 ansprüche richten sich nicht gegen die Deutsche Rentenversicherung, sondern direkt  
1910 gegen den jeweiligen Dienstherrn („Alimentationsprinzip“). Zur Sicherung der Pen-  
1911 sionsansprüche sind Kommunen, Land und Bund verpflichtet, entsprechende Rück-  
1912 lagen im Haushalt zu bilden.

1913 Da Arbeitgeber stets der Staat ist, entrichten Beamt\*innen und Soldaten\*innen keine  
1914 Rentenbeiträge, was durch die Zahlung von - relativ betrachtet - geringeren Brutto-  
1915 entgelten ausgeglichen wird. Denkbar sind hier zwei Modelle: Entweder wird auch für  
1916 diesen Personenkreis unter Anhebung der Bruttogehälter die paritätische Beitrags-  
1917 tragung eingeführt oder aber der Dienstherr zahlt den vollen Beitrag für seine Be-  
1918 diensteten.

1919

1920

1921 2) Abgeordnete (Mitglieder der Landtage und des Bundestags)

1922

1923 Den Parlamentarier\*innen steht für die Wahrnehmung ihres Mandats eine Altersent-  
1924 schädigung zu, um Nachteile durch die Berufsaufgabe auszugleichen. Hierunter fällt  
1925 auch die Begründung von Altersversorgungsansprüchen. Zahlungen an die Deutsche  
1926 Rentenversicherung erfolgen jedoch nicht.

1927 In Zukunft sollen auch Volksvertreter\*innen in Anlehnung an die oben beschriebe-  
1928 nen Ausführungen zu den Beamt\*innen und Soldat\*innen gesetzlich versichert wer-  
1929 den.

1930

1931

1932 3) Selbstständige, freie Berufe & Co.

1933

1934 In der Erwerbstätigenversicherung sind künftig alle erwerbstätigen Personen in ei-  
 1935 nem gemeinsamen Rentenversicherungssystem versichert. Selbstständig Tätige  
 1936 müssen sich künftig alle in der gesetzlichen Rentenversicherung versichern. Sie zah-  
 1937 len Beiträge entweder von Ihrem steuerpflichtigen Erwerbseinkommen oder einen  
 1938 Regelbeitrag, der sich am Durchschnittseinkommen aller Versicherten orientiert.  
 1939 Auch die freien Berufe, die sich bisher in ihren eigenen, parallelen Versorgungssys-  
 1940 temen absichern können (z.B. Rechtsanwält\*innen, Apotheker\*innen, Ärzt\*innen,  
 1941 Steuerberater\*innen, etc.) sind – unter Wahrung von Besitzstand- und Übergangsre-  
 1942 gelungen – in die gesetzliche Rentenversicherung zu überführen.

1943 Dieser Schritt, sämtliche Erwerbstätigen in die Pflichtversicherung aufzunehmen,  
 1944 schützt vor allem auch die so genannten „Scheinselbstständigen“ und „freien Mitar-  
 1945 beiter\*innen“, die bisher keine oder nur eine sehr schlechte private Altersvorsorge  
 1946 aufgebaut haben. Vor allem der Ausbeutung junger Arbeitskräfte, die in kreativen  
 1947 Berufen (z.B. in der Medienbranche) von Ihren Auftraggeber\*innen keine Festanstel-  
 1948 lungen mehr angeboten bekommen, würde damit Einhalt geboten.

1949

1950

1951 **III. Was soll die Erwerbstätigenversicherung leisten?**

1952 Das bestehende Rentensystem muss dynamischer ausgerichtet werden. Es soll ver-  
 1953 schiedenen Faktoren gerecht werden, die bei der ursprünglichen Einrichtung keine  
 1954 Beachtung fanden. Der höhere Anteil an Arbeitnehmer\*innen und Selbstständigen  
 1955 mit Abitur und abgeschlossenen Studium führt zwangsläufig zu späteren Berufsein-  
 1956 stiegen als bei Auszubildenden, die bereits nach der 10. Klasse ins Berufsleben ein-  
 1957 steigen. Eine parallele Entwicklung zeigt außerdem, dass der klassische „Eckrent-  
 1958 ner“, der sein gesamtes Erwerbsleben in einem Betrieb verbracht hat, heute immer  
 1959 seltener erscheint. Ein Rentensystem, das auf die sich immer weiter verändernden  
 1960 Erwerbsbiographien eine zeitgerechte Antwort finden will, darf deshalb nicht mehr in  
 1961 pauschalen Kategorien denken und muss flexible Lösungen aufzeigen.

1962 Ein pauschales Renteneintrittsalter ist für all jene Arbeitnehmer\*innen ungerecht, die  
 1963 besonders früh ins Erwerbsleben einsteigen. In der Regel schließen gerade Berufe,

1964 denen ein körperlich anstrengendes Handwerk zugrunde liegt, derzeit eine Tätigkeit  
1965 bis zum 67. Lebensjahr oder darüber hinaus aus. Gleichzeitig müssen insbesondere  
1966 Akademiker\*innen in die Lage versetzt werden, genügend Rentenjahre zu sammeln,  
1967 um eine auskömmliche Rente erhalten zu können. Deshalb setzen wir uns für ein  
1968 flexibles Renteneintrittsalter ein, das sich an den Beitragsjahren orientiert. Eine  
1969 passende Messgröße könnten 43 Beitragsjahre - unter Berücksichtigung anrechen-  
1970 barer beruflicher Auszeiten (z.B. Kindererziehung, Pflege von Angehörigen und Aus-  
1971 bildungszeiten) - als „Soll“ sein. Das 67. Lebensjahr stellt selbstverständlich die ma-  
1972ximale Altersgrenze für einen abschlagsfreien Renteneintritt dar.

1973

1974 Es ist unwahrscheinlich, dass Arbeitnehmer\*innen heute ihr Leben lang in einem Be-  
1975 trieb bleiben. Von Arbeitnehmer\*innen wird immer öfter größere Flexibilität verlangt.  
1976 Lücken in den Erwerbsbiographien sind heute schon fast Normalität. Wir wollen,  
1977 dass diese kurzzeitigen Lücken nicht zu größeren Rentenlöchern führen. Deshalb  
1978 setzen wir uns dafür ein, dass im Falle des Bezugs von Arbeitslosengeld I für die ge-  
1979 samte Zeit des Anspruchs und in voller Höhe des zuvor verdienten Gehalts Renten-  
1980 beiträge durch den Staat übernommen werden. Weiterhin muss für Zeiten des An-  
1981 spruchs von Arbeitslosengeld II ein Beitragsanspruch geschaffen und durch die Soli-  
1982 dargemeinschaft finanziert werden, der eine spätere Rente auf Niveau der bisherigen  
1983 Grundsicherung gewährleistet.

1984

1985

#### 1986 **IV. Finanzierungsbasis der Erwerbstätigenversicherung**

1987

1988 Wir verschließen die Augen nicht vor der Realität: Ein Rentensystem, das Lücken im  
1989 Lebenslauf abmildern und gerade Geringverdiener\*innen eine auskömmliche Rente  
1990 zusichern soll, kann nicht wie bisher finanziert werden. Die staatlichen Ausgaben  
1991 müssen zwangsläufig gesteigert werden. Der Anteil der Steuerfinanzierung im Ren-  
1992 tensystem muss daher nicht nur im Hinblick auf die demographische Entwicklung  
1993 deutlich erhöht werden. Eine stetige Beitragserhöhung als alternative Finanzierungs-  
1994 form stellt indes kein probates Mittel dar und ist somit abzulehnen. Eine Erhöhung  
1995 der Beitragsbemessungsgrenze wäre nicht zielführend, da dem höheren Beitrags-

1996 aufkommen aufgrund des Beitragsäquivalenzprinzips bei einem späteren Rentenbe-  
 1997 zug ein höherer Rentenanspruch gegenüberstünde. Die Auffassung, wonach ein An-  
 1998 stieg der Beitragssätze zur Rentenversicherung vertretbar sei, da eine zusätzliche  
 1999 private Absicherung („Riester" / "Rürup") nicht mehr benötigt würde, blendet aus,  
 2000 dass lediglich 14 Millionen private Vorsorgeverträge existieren und insbesondere Ge-  
 2001 ringverdiener\*innen überproportional häufig auf eine private Absicherung verzichten.  
 2002 Eine (paritätische) Beitragssatzerhöhung zum Ausgleich des erhöhten Finanzbedarfs  
 2003 belastet daher direkt kleine Einkommen und verteuert die Arbeitskosten erheblich.  
 2004 Höhere Arbeitskosten bedrohen insbesondere Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich  
 2005 und befeuern vermeintliche Ausweichmechanismen wie Mini-, Midijobs und Leihar-  
 2006 beit. Zudem empfinden gerade Geringverdiener\*innen die Minderung ihres Nettoein-  
 2007ommens durch Abgaben - egal welcher Art - als eine soziale Ungerechtigkeit.

2008 Wir stehen für einen stabil bleibenden Beitragssatz, der paritätisch von Arbeitneh-  
 2009 mer\*innen und Arbeitgeber\*innen aufgebracht wird. Eine sozialdemokratische Rente,  
 2010 die möglichst viele Berufsschichten einschließt, kann in ihrer Finanzierung auf eine  
 2011 stärkere Steuerfinanzierung ohne Verletzung des verfassungsrechtlich gesicherten  
 2012 Äquivalenzprinzips setzen. Diese sollte über eine gerechte Besteuerung von Ein-  
 2013 kommen und Vermögen realisiert werden, die eine stärkere Umverteilung von oben  
 2014 nach unten garantiert. Mit einer stärkeren Steuerfinanzierung wird die Belastung von  
 2015 Geringverdiener\*innen vermieden und eine auskömmliche Alterssicherung gewähr-  
 2016 leistet. Heute tragen die reichsten zehn Prozent der Steuerpflichtigen knapp fünfzig  
 2017 Prozent der Einkommensteuer, bei den indirekten Steuern immer noch rund dreißig  
 2018 Prozent des Aufkommens. Die Grundlage für eine solidarische Verpflichtung von  
 2019 Besserverdienenden zur Finanzierung des Rentensystems ist also vorhanden, sie  
 2020 muss nur durch eine Steuer- und Sozialpolitik aus einem Guss genutzt werden!

2021

2022

2023 Angenommen

Abgelehnt

Überwiesen

2024 **So-4-23 SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

2025

2026 Antragsteller: SPD OV Sülz-Klettenberg

2027

2028 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

2029

2030 **Antidiskriminierungsbestimmungen müssen auch in kirchlichen Sozialeinrich-**  
2031 **tungen gelten.**

2032

2033 Zu über einer Million Arbeitsplätzen in den weitgehend öffentlich finanzierten Sozial-  
2034 einrichtungen der Kirchen haben Nichtchristen (z.B. Juden, Muslime und Konfessi-  
2035 onslose - letztere haben mittlerweile eine den beiden christlichen  
2036 Konfessionen vergleichbare Größenordnung in Deutschland -) keinen Zugang. Dabei  
2037 geht es in diesen Einrichtungen keineswegs überwiegend um kirchliche Tätigkeiten  
2038 im eigentlichen Sinne (Seelsorge und Verkündigung), sondern z.B. um Aufgaben  
2039 von Ärztinnen und Ärzten, Krankenschwestern und -pflegern, Erzieher(inne)n, Büro-  
2040 kräften, Reinigungspersonal und Hausmeister(inne)n. Es handelt sich hier um einen  
2041 eindeutigen Verstoß gegen den Geist der Antidiskriminierungsbestimmungen, die  
2042 durch die Europäische Union vorgegeben sind.

2043

2044 Diese religiöse Diskriminierung am Arbeitsplatz greift auch in das Privatleben der  
2045 Arbeitnehmer/innen ein, weil sie dieses nach den Moralvorstellungen der Kirchen  
2046 auszurichten haben. Falls sie dagegen verstoßen, droht ihnen die Kündigung. Ein  
2047 Kirchenaustritt oder Wechsel der Glaubensgemeinschaft führt ebenso zur Entlassung  
2048 wie (in katholischen Einrichtungen) die Wiederverheiratung nach einer Scheidung  
2049 oder das öffentliche Bekenntnis zu einer homosexuellen Partnerschaft.

2050

2051 Es kommt hinzu, dass die überwiegend öffentlich finanzierten Sozialeinrichtungen  
2052 der Kirchen keinen Betriebsrat und die Arbeitnehmer/innen kein Streikrecht haben. In  
2053 einigen Berufen ist die Ausbildung so weitgehend in kirchlicher Hand, dass in einigen  
2054 Regionen ein de facto - Berufsverbot vorliegt.



2055

2056 Daraus leiten wir die folgenden Forderungen ab:

2057 Die religiöse Diskriminierung in der Arbeitswelt muss abgeschafft werden. Nicht-  
2058 Gläubige und Andersgläubige dürfen in sozialen und gesundheitlichen  
2059 Einrichtungen kirchlicher Träger nicht diskriminiert bzw. von Leistungen ausge-  
2060 schlossen werden, wenn diese öffentliche Mittel oder Steuererleichterungen  
2061 in Anspruch nehmen.

2062

2063 Das Betriebsverfassungsgesetz muss auch für kirchliche Sozialeinrichtungen gelten,  
2064 so wie z.B. die Tendenzbetriebsregelungen bei der Arbeiterwohlfahrt.

2065

2066 Religionsgemeinschaften als Arbeitgeber im sozialen, erzieherischen und medizini-  
2067 schen Bereich dürfen nicht in die private Lebensführung ihrer Arbeitnehmer/innen  
2068 eingreifen. Die Beschränkung von Leistungen auf Konfessionsangehörigen in kirchli-  
2069 chen Einrichtungen, die mit über 90 % öffentlichen Mitteln bezuschusst werden, ist  
2070 grundgesetzwidrig und muss beendet werden. Bei fortgesetzter Verletzung des Ver-  
2071 sorgungsauftrages kirchlicher Einrichtungen muss eine Streichung öffentlicher För-  
2072 dergelder erfolgen. Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Altenheime müssen  
2073 dann in anderer Trägerschaft weitergeführt werden.

2074

2075

2076 angenommen

abgelehnt

überwiesen

2077 **So-5-24 SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

2078

2079 Antragsteller: SPD OV Sülz-Klettenberg

2080

2081 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

2082

2083 **Antidiskriminierungskampagne zum Verhältnis von Staat und Kirche**

2084

2085 Das im Grundgesetz vorgegebene Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaf-  
2086 ten ist bis heute nicht hinreichend umgesetzt (Art. 4, Art. 140 incl. Art. 136-141  
2087 Weimarer Verfassung).

2088

2089

2090 Es ist Zeit, den Staatsvertrag mit den Kirchen zu revidieren.Über 30 Millionen säkular  
2091 orientierte Menschen in Deutschland werden in elementaren Grundrechten durch die  
2092 Dominanz und Praktiken der Kirchen und der aus öffentlichen Mitteln überwiegend  
2093 finanzierten kirchlichen Sozial-, Gesundheits- und Erziehungseinrichtungen einge-  
2094 schränkt.

2095 Diskriminiert werden auch die in kirchlichen Einrichtungen Arbeitenden, wie zahllose  
2096 Beispiele zeigen, sowie diejenigen, denen der Zugang zu solchen Arbeitsplätzen  
2097 aus religiösen Gründen verwehrt wird.

2098

2099

2100 Die hohe meist verdeckt jedes Jahr erfolgende steuerfinanzierte Förderung der Kir-  
2101 chen muss offengelegt und im Verhältnis zu anderen Förderprioritäten korrigiert  
2102 werden.

2103

2104

2105 Die SPD sollte eine breite gesellschaftspolitische Diskussion über die Rolle der Kir-  
2106 chen in Deutschland und in den einzelnen Bundesländern fördern, mit dem Ziel,  
2107 das Verhältnis von Kirche und Staat so zu gestalten, wie es im Grundgesetz vorge-

2108 geben ist und endlich die bisher nicht konsequent durchgeführte Trennung von  
2109 Staat und Kirche zu realisieren.

2110

2111

2112 angenommen abgelehnt überwiesen

2113 **So-6-25** **SPD UB Parteitag 9. März 2013 in Köln –Holweide**

2114

2115 Antragsteller: SPD OV Sülz-Klettenberg

2116

2117 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

2118

2119 **Kosten und Verfahren Kirchenaustritt**

2120

2121 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die von der Rütt-  
2122 gers-Regierung eingeführte Kirchenaustrittsgebühr von 30 Euro so schnell wie mög-  
2123 lich abgeschafft wird und ein entsprechender Schritt bei den kommunalen Meldeäm-  
2124 tern (nicht nur beim Amtsgericht) möglich ist.

2125

2126

2127 angenommen

abgelehnt

überwiesen